

POLICY PAPER

# **BELASTET DURCH KRIEG?**

**SPANNUNGEN, ERWARTUNGEN  
UND POTENTIALS IN DEN  
DEUTSCH-UKRAINISCHEN  
BEZIEHUNGEN**

**MATTIA NELLES  
INNA NELLES**



Über die Herausgeber:

Die Kyjiwer Gespräche sind eine überparteiliche und unabhängige Plattform für die Vertiefung und Verstärkung des Dialogs zwischen der Ukraine und Deutschland. Sie verbinden meinungsbildende Multiplikator\*innen aus Politik, Medien und der Zivilgesellschaft beider Länder.

Das Projekt startete 2005 als internationales Konferenzformat zu gesellschaftlichen und politischen Themen. 2014 begann die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen in den ukrainischen Regionen, um lokale demokratische Strukturen zu stärken. Seit 2022 steht die soziale Integration von Binnenvertriebenen und der Wiederaufbau der Ukraine im Fokus.

*Die in diesem Policy Paper zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die Haltung der Kyjiwer Gespräche, ihrer Partnerorganisation oder Förderer wider.*

*Das Policy Paper ist bereits im Oktober 2022 auf Englisch erschienen. Einzelne Abschnitte wurden für die deutsche Fassung überarbeitet.*

*Gefördert durch Mittel des Auswärtigen Amtes.*

POLICY PAPER

# **BELASTET DURCH KRIEG?**

**SPANNUNGEN, ERWARTUNGEN  
UND POTENTIALE IN DEN  
DEUTSCH-UKRAINISCHEN  
BEZIEHUNGEN**

# ZUSAMMENFASSUNG

Das Policy Paper befasst sich mit den deutsch-ukrainischen Beziehungen, insbesondere seit der Wahl von Wolodymyr Selenskyj, und rekapituliert die wichtigsten Ereignisse seit Beginn des offenen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022. Basierend auf über einem Dutzend Interviews mit Entscheidungsträger\*innen und Expert\*innen beider Länder, analytischen Studien sowie der Auswertung der ukrainischen und deutschen Medienberichterstattung kommen die Autor\*innen zu dem Schluss, dass die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine besser sind als ihr Ruf und ihre öffentliche Wahrnehmung.

Aus verschiedenen Gründen ist der Diskurs auf die als unzureichend angesehene Hilfe Deutschlands für die Ukraine verengt. Die erhebliche deutsche Unterstützung im militärischen, ökonomischen, finanziellen und humanitären Bereich geht in den öffentlichen Diskussionen oft unter.

Gerade in der frühen Kriegsphase war eine Enttäuschung der Ukraine über Deutschland und andere westliche Partner deutlich spürbar. Lange Entscheidungsprozesse bei den Waffenlieferungen in den ersten Kriegsmonaten sorgten auf ukrainischer Seite für Irritationen. Deutschland fällt es schwer, eine Führungsrolle einzunehmen und den hohen Erwartungen der Ukraine von einer langfristigen und kontinuierlichen Unterstützung mit Waffen und Munition, um den Krieg zu gewinnen und alle von Russland besetzten ukrainischen Gebiete zu befreien, gerecht zu werden.

Das Policy Paper stellt zudem fest, dass es der deutschen Regierung an einem kohärenten Narrativ mangelt, um der Öffentlichkeit im eigenen Land verständlich zu machen, weshalb eine kontinuierliche Unterstützung der Ukraine in diesem Krieg nicht nur moralisch geboten, sondern auch im strategischen Interesse Deutschlands und Europas ist. Bis heute bleibt die Kommunikation eine der Schwächen der deutschen Ukrainepolitik. Dies stärkt wiederum die zahlreichen Kritiker, die diese Hilfe als unzureichend und verspätet erachten.

Das Policy Paper identifiziert eine Reihe von Handlungsempfehlungen zur Stärkung der deutsch-ukrainischen Beziehungen. Diese sind als Denkanstöße für die politische Debatte und als Grundlage zur weiteren Ausarbeitung zu verstehen.

Die Empfehlungen sind in sechs Bereiche unterteilt:

- I. Ein besseres Narrativ über die Ukraine entwickeln**
- II. Die strategische Kommunikation verbessern**
- III. Die Instrumente deutscher Militärhilfe anpassen**
- IV. Den EU-Beitritt der Ukraine aktiv vorantreiben**
- V. Eine Führungsrolle beim Wiederaufbau der Ukraine einnehmen**
- VI. Die Ukraine auf der mentalen Landkarte Deutschlands verankern**

Priorität muss sein, der Ukraine durch den Winter zu helfen. Russland möchte durch Angriffe auf die Energieinfrastruktur große Städte der Ukraine unbewohnbar machen und Millionen Ukrainer\*innen zur Flucht in die EU zwingen. Deutschland sollte dafür sorgen, dass zerstörte Infrastruktur zügig repariert und mit Hilfe von Flugabwehrsystemen geschützt werden kann. Das jüngst geschaffene „Energie Ramstein-Format“ zur Koordinierung der Winterhilfe für die Ukraine ist ein wichtiger Schritt, dem Hilfslieferungen von Transformatoren, Equipment und Generatoren folgen müssen.

Als wichtigster Partner der Ukraine in der EU ist Deutschland in einer einzigartigen Position, der Ukraine zum Sieg zu verhelfen und eine führende Rolle beim Wiederaufbau und beim EU-Beitritt einzunehmen. Die bisherige Militärhilfe Deutschlands ist umfangreich und effektiv. Dennoch ist sie nicht nur ausbaufähig, sondern kann zu einem integralen Bestandteil der bilateralen Beziehungen werden.

Gerade mit Blick auf die sozialen Spannungen um gestiegene Energiepreise und die hohe Inflation in Europa sollte die Bundesregierung sich um eine nachvollziehbare Erzählung bemühen, warum die westliche Hilfe für die europäische Friedensordnung wichtig ist und ein Sieg der Ukraine im deutschen Interesse liegt. Es bedarf umfassender Erklärungen, dass ernsthafte Friedensgespräche derzeit nicht möglich sind, da sich an Russlands Kriegsziel — der Unterwerfung der Ukraine — nichts geändert hat. Die Ukraine und Deutschland sollten ihre strategische Kommunikation anpassen und sich nicht nur auf die Mängel in ihren Beziehungen konzentrieren.

Anstrengungen müssen durch die Förderung von Kulturprojekten unternommen werden, um die Ukraine auf der mentalen Landkarte Deutschlands zu halten und sicherzustellen, dass das Land mittelfristig nicht nur mit Krieg und Zerstörung assoziiert wird.

## DIE AUTOR\*INNEN



**Mattia Nelles** ist Ukraine-Experte und Mitbegründer des Deutsch-Ukrainischen Büros (DUB) Public Affairs. Bis Oktober 2022 war er für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und für Projekte in der Ostukraine als Kommunikationsberater tätig. Die letzten sieben Jahre bildeten die Außen- und Innenpolitik der Ukraine – und hier insbesondere die Reformprozesse – den Schwerpunkt seiner beruflichen und akademischen Tätigkeit.

Bis Ende 2020 war er Programmdirektor des Ukraine-Programms am Zentrum Liberale Moderne (LibMod), einer Berliner Denkfabrik. Dort war er verantwortlich für die Plattform „Ukraine Verstehen“ und ein Beratungsprojekt mit dem Parlament der Ukraine. Mattia absolvierte ein Masterstudium der Politikwissenschaften mit Schwerpunkt Osteuropa an der Freien Universität Berlin.



**Inna Nelles** (Geburtsname Borzylo) ist Aktivistin, Expertin für Advocacy und strategische Kommunikation sowie Mitbegründerin des Deutsch-Ukrainischen Büros (DUB) Public Affairs. Von 2014 bis 2020 war sie als CEO für das Centre for United Action (Centre UA) in Kyjiw tätig, eine Denkfabrik und Organisation für zivilgesellschaftliche Advocacy. Zudem leitete sie nach der Revolution der Würde 2014 die ukrainische Organisation Chesno, die leistungsstärkste Watchdog-Initiative zur Kontrolle von Wahlgremien und politischen Entscheidungsträger\*innen in der Ukraine. Sie war Beiratsmitglied des Reanimation Package of Reforms, der größten zivilgesellschaftlichen Advocacy-Plattform der Ukraine, die zahlreiche Reformvorhaben initiierte.

Inna absolvierte ein Masterstudium der Public Relations an der Nationalen Universität für Kultur und Kunst Kyjiw. Sie arbeitete als Journalistin für den ukrainischen öffentlichen Sender Hromadske.tv. 2020 gründete sie das Public Interest Journalism Lab, einen interdisziplinären Verbund von Journalist\*innen und Soziolog\*innen, der die Polarisierung der ukrainischen Gesellschaft mit Instrumenten des konstruktiven Journalismus bekämpft.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einführung
2. Die deutsch-ukrainischen Beziehungen vor dem russischen Angriffskrieg
3. Die Beziehungen seit dem russischen Angriffskrieg
4. Wie man die deutsch-ukrainischen Beziehungen stärken kann



# 1. EINFÜHRUNG

Nach der Revolution der Würde in der Ukraine, der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland und dem von Russland entfesselten Krieg in der Ostukraine im Jahr 2014 haben die deutsch-ukrainischen Beziehungen ein neues strategisches Niveau erreicht. Seitdem haben Deutschland und Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich eine Führungsrolle bei den europäischen Bemühungen um ein Ende des Krieges und die Verhängung von Sanktionen gegen Russland eingenommen. Zugleich wurde Deutschland zum wichtigsten europäischen Geldgeber und Partner der Reformprozesse in der Ukraine.

Trotz erheblicher finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Anstrengungen seit 2014 erlebten die bilateralen Beziehungen auch eine Reihe von Missverständnissen und Enttäuschungen. Zu den wichtigsten Belastungsproben gehörten die Pipeline Nord Stream 2, die Architektur und Umsetzung der Minsker Abkommen und das Tempo der ukrainischen Reformvorhaben.

Nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges am 24. Februar 2022 hoffte die Ukraine, dass Deutschland eine entschiedene Haltung einnehmen und maßgebliche militärische Hilfe leisten würde. Die deutsche Regierung stellte der Ukraine – zunächst zögerlich, später aber in hohem Maße – militärische,

politische, humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung zur Verfügung, nahm ca. eine Million ukrainische Flüchtlinge auf und setzte sich für einen EU-Beitritt der Ukraine ein. Dennoch konzentrierten sich die Diskussionen in deutschen und ukrainischen Medien vornehmlich auf das anfängliche Zögern Deutschlands gegenüber der Lieferung von Waffen und das als schleppend wahrgenommene Tempo dieser Lieferungen. Andererseits gab es Signale aus Deutschland, dass die gelieferte Unterstützung in der Ukraine nicht ausreichend Wertschätzung finde.

Sind diese Diskrepanzen zwischen Erwartungen und Wahrnehmung ein neues Phänomen? Was lief falsch? Welche grundsätzlichen und irrtümlichen Vorstellungen haben die beiden Seiten seit dem Überfall Russlands im Februar 2022 und danach voneinander? Nehmen beide Seiten wirklich bestimmte Spannungen in ihren Beziehungen wahr, wie Medien berichten? Und das Wichtigste – wie kann man den aktuellen historischen Moment für die Stärkung der Partnerschaft zwischen Deutschland und der Ukraine nutzen?

Um diese Fragen beantworten zu können, haben die Autor\*innen dieses Policy Papers im August und September ein Dutzend Interviews mit ausgewählten Entscheidungsträger\*innen und Expert\*innen in Kyjiw und Berlin

geführt und danach gefragt, wie die maßgeblichen Akteure die Unterstützung und Beziehungen vor und nach dem Februar 2022 einschätzen. Die Interviews wurden unter Einhaltung der Anonymität durchgeführt, was das offene Äußern der Gedanken, Meinungen und Erwartungen förderte bzw. ermöglichte. Das Policy Paper enthält Zitate aus einzelnen Interviews mit dem Vermerk, welche Seite die darin enthaltene Position zum Ausdruck gebracht hat. Zusätzlich haben die Autor\*innen die Aussagen und Erklärungen führender deutscher und ukrainischer Amtsträger aus offenen Quellen, soziologische Daten sowie analytische Studien berücksichtigt.

Den Schwerpunkt dieses Policy Papers bilden die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine seit dem Amtsantritt des Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bis zum Ausbruch des groß angelegten Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine und während der acht Monate, die seitdem vergangen sind.

---

**Das primäre Ziel des Policy Papers ist es, Empfehlungen zu erarbeiten und Bereiche für eine Stärkung der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit während des andauernden Kriegs und mittel- bis langfristig beim Wiederaufbauprozess aufzuzeigen.**



## 2. DIE DEUTSCH-UKRAINISCHEN BEZIEHUNGEN VOR DEM RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEG

Bis zur Revolution der Würde war die Ukraine *terra incognita* auf der mentalen Landkarte der meisten Deutschen, so schrieb Karl Schlögel 2014 in seinem Buch „Entscheidung in Kiew“. Wenn die Ukraine überhaupt öffentlich wahrgenommen wurde, dann immer im Kontext Russlands bzw. als eine Brücke zu Russland.

Erst nach den demokratischen Protesten 2013/14, die als „Revolution der Würde“ bekannt geworden sind, und nach der darauffolgenden Polizeigewalt in Kyjiw, der illegalen Annexion der Krim und dem durch Russland entfesselten Krieg in der Ostukraine entwickelten die deutsch-ukrainischen Beziehungen eine früher nie dagewesene Intensität und Qualität. Aktive Zusammenarbeit verlief gleichzeitig auf politischer, institutioneller, wirtschaftlicher, kultureller und zivilgesellschaftlicher Ebene.

Zwischen 2014 und 2021 wurde Deutschland zum größten Geldgeber und Unterstützer der Ukraine im Bereich der nicht-militärischen Hilfe. In diesem Zeitraum stellte die deutsche Regierung der Ukraine Hilfen in Höhe von 1,83 Milliarden Euro zur Verfügung und zahlte den höchsten Anteil der insgesamt 17 Milliarden Euro in die Europäische

Union ein, die als Zuschüsse und Kredite der EU und der europäischen Finanzinstitute an die Ukraine geleitet wurden. Die bilaterale deutsche Finanzierung umfasste auch eine Milliarde Euro Entwicklungshilfe, 500 Millionen Kreditgarantien und 186 Millionen humanitäre Hilfe.<sup>1</sup>

Auf den Führungsebenen der beiden Länder entwickelten sich gute persönliche Beziehungen zwischen der Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem fünften Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko. Die primären Erwartungen der Ukraine gegenüber Deutschland richteten sich damals auf die Eindämmung der russischen Aggression und die Lösung des Konfliktes im Donbas. 2014 nahm Deutschland unter der Führung von Angela Merkel bei der Verhängung und Aufrechterhaltung der europäischen bzw. westlichen Sanktionen gegen Russland eine Führungsrolle ein. Merkel investierte viel Zeit und politisches Kapital, um zuerst den Krieg in der Ostukraine zu stoppen und danach eine diplomatische Lösung im Rahmen der Minsker Abkommen und des Normandie-Formats zu finden. „Ohne Merkel hätte alles noch schlimmer ausgehen können“, bemerkte einer der Befragten und fügte hinzu, dass damals die ukrainische Armee nach der



Schlacht von Ilowajsk im Herbst 2014 enorm geschwächt war, da die russische reguläre Armee zum ersten Mal offen in den Krieg eingriff. Von Anfang 2014 bis Februar 2022 wurden in der Ostukraine ca. 14.000 Menschen im Krieg Russlands gegen die Ukraine getötet.<sup>2</sup>

Die beiden Minsker Abkommen, die dank Verhandlungen Deutschlands und Frankreichs mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Ukraine und Russland sowie den von Russland ausgerüsteten separatistischen Hilfstruppen 2014 und 2015 unterzeichnet wurden, konnten den Krieg entlang der über 700 Kilometer langen Kontaktlinie einfrieren und eindämmen. Die Architektur der Abkommen und ihre voneinander abweichenden Interpretationen durch die Parteien blockierten die Lösung des Konfliktes: „Wenn wir auf diese Ereignisse zurückschauen, müssen wir eingestehen, dass Russland diese Abkommen ausnutzte, um uns zu betrügen“, sagte ein Gesprächspartner aus Deutschland. Gemeint ist die russische Absicht, das Abkommen so auszulegen, dass die „Volksrepubliken“ zu einem dauerhaften Einflusshebel auf die ukrainische Innen- und Außenpolitik werden.

Parallel zur offenen russischen Aggression in der Ukraine vertiefte Deutschland seine Abhängigkeit von russischen Gasexporten weiter, anstatt seine Energieimporte langfristig zu diversifizieren. Allen Warnungen der ukrainischen Seite, der Partner in den USA sowie in Mittel- und

Osteuropa zum Trotz setzte Deutschland den Pipelinebau von Nord Stream 2 durch. Seit dieser Zeit waren die neuen Pipelines zwischen Deutschland und Russland der größte „Reizfaktor“ in den deutsch-ukrainischen Beziehungen. In ihren Antworten über die Beziehungen vor dem Angriff Russlands erwähnen fast alle Befragten Irritationen rund um Nord Stream 2.

Ein ukrainischer Interviewpartner erörterte: „Vor dem offenen Angriff Russlands war Nord Stream 2 ein riesiger Faktor. Wir haben sowohl öffentlich als auch privat sehr viel Zeit in den Kampf gegen diese Gasleitung investiert. Aber wir waren nicht imstande, das Projekt zu stoppen. Wir glauben, dass diese Pipeline die wichtigste Rolle bei der späteren Invasion gespielt hat. Wir haben gewarnt, dass die Pipeline unsere Sicherheit direkt bedroht. Wir wurden jedoch nicht ernst genommen. Unsere Sorgen wurden in Berlin nicht gehört.“ Ein deutscher Gesprächspartner bemerkte: „Nord Stream 2 ist ein großes politisches Debakel. Ich bin sehr enttäuscht, dass Angela Merkel ihre Fehler bis heute nicht einräumt. Die Idee aus dem Jahr 2015, dass man die Russen mit dem Ausbau von geschäftlichen Beziehungen irgendwie gefügig machen kann, war einfach zu naiv. Der kurzsichtige Versuch, die Beziehungen mit Russland zu verbessern, hat der Ukraine und ihren Interessen geschadet.“

## NEUER PRÄSIDENT - NEUE ANSÄTZE

Seit seinem Amtsantritt änderte der neue Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, sowohl die Schwerpunkte in der bilateralen Zusammenarbeit mit Deutschland als auch den Kommunikationsstil. Analysten resümierten, dass unter der Präsidentschaft von Petro Poroschenko „die Diplomatie der Symbole“ wichtig gewesen war, wohingegen das Vorgehen von Selenskyj pragmatischer geworden sei und sich der Fokus von der Suche nach Verbündeten auf die Suche nach Investoren verschoben habe.<sup>3</sup>

Selenskyj war ein erfolgreicher Medienunternehmer und ist ein Vertreter der jüngeren Generation, der aber keine Erfahrungen in der ukrainischen Politik hatte. Obwohl er für die Bundeskanzlerin Merkel im Vergleich zu Poroschenko weniger bekannt war, hießen Berlin und Angela Merkel den neuen ukrainischen Präsidenten mit Offenheit und Interesse willkommen. „Berlin war viel weniger kritisch gegenüber Selenskyj eingestellt als viele Vertreter\*innen des ukrainischen politischen Establishments und viele ukrainische Expert\*innen“, betonte einer der deutschen Befragten. Die ukrainischen Interviewten dieses Policy Papers charakterisierten die Beziehungen zwischen Kyjiw und Berlin seit April 2019 bis Herbst 2021 als *pragmatische Arbeitsbeziehungen* und ein deutscher Befragter wies darauf hin, dass die politische Koordination auf allen Ebenen eng war, obwohl die Medien genau das Gegenteil berichteten.

Selenskyj wurde auf der Welle seiner Versprechungen gewählt, einen Frieden mit Russland zu schließen. Tatsächlich unternahm er viele Anstrengungen, um die Bereitschaft der Ukraine zu Verhandlungen im Normandie-Format und im Rahmen der Minsker Abkommen zu demonstrieren. Deutschland begrüßte und unterstützte diese Bemühungen – einschließlich der einseitigen Zugeständnisse der Ukraine, um das Leben der Menschen zu erleichtern, die regelmäßig die Kontaktlinie im Osten der Ukraine überqueren.

Nach dem Normandie-Gipfel im Dezember 2019 wurde im Juli 2020 ein Waffenstillstand im Donbas ausgerufen. Zwar verletzten die russischen Streitkräfte die Waffenruhe in den ersten Stunden nach dem Inkrafttreten des Abkommens, aber die Häufigkeit des Beschusses und die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung und Militärs der Ukraine reduzierte sich während des Waffenstillstandes erheblich. Der „Selenskyj-Waffenstillstand“, wie die ukrainischen Medien ihn bezeichneten, war nicht perfekt, aber er erwies sich als die längste und ruhigste Waffenruhe seit dem Anfang des Krieges.<sup>4</sup>

Im März 2021 brach dieser Waffenstillstand endgültig zusammen. Das ging mit dem Stocken des Normandie-Formats einher, als klar wurde, dass die Interpretation des Abkommens durch Russland und sein Beharren auf direkten Verhandlungen zwischen Kyjiw und den Marionettenregierungen in



Donezk und Luhansk für die Ukraine inakzeptabel waren.

Anfang 2021 begann die ukrainische Regierung gegen Viktor Medwedtschuk vorzugehen, der als die einflussreichste Stimme Russlands und Vertreter russischer Interessen in der Ukraine galt. Seine Medienkonzerne wurden geschlossen und sein Vermögen wurde gesperrt. Letztendlich wurde im Mai ein Verfahren wegen angeblichen Staatsverrats gegen Medwedtschuk eröffnet.<sup>5</sup> Parallel dazu ließ Russland seine Truppen auf der besetzten Krim, an den Grenzen zur Ukraine sowie in Belarus aufmarschieren und bezeichnete dies als Militärübung. Mit ihren Handlungen deuteten die Russen ihre Bereitschaft zur Eskalierung an, auch weil sie ihre Einflussinstrumente in der Ukraine bedroht sahen.

Dies hinderte Deutschland und die Vereinigten Staaten nicht daran, den Bau von Nord Stream 2 im Juni 2021 freizugeben. Die von Angela Merkel und Joe Biden unterzeichnete Vereinbarung legte fest, dass Deutschland entsprechende Maßnahmen einzuleiten habe, wenn der Kreml Energie als Waffe und als Instrument seiner Aggression gegen die Ukraine nutzen würde. Einer der ukrainischen Befragten sagte: „Das Abkommen über Nord Stream 2 wurde geschlossen, um die transatlantische Einheit wieder auf die Beine zu stellen, aber es führte zu einer unmittelbaren strategischen Verletzlichkeit der Ukraine“. Eine ukrainische Interviewpartnerin bemerkte kritisch: „Das deutsch-amerikanische Abkommen über

Nord Stream 2 im Frühling 2021 kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel und wurde von vielen in der Ukraine wie eine Ohrfeige wahrgenommen.“

---

**„Das deutsch-amerikanische Abkommen über Nord Stream 2 kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel und wurde von vielen in der Ukraine wie eine Ohrfeige wahrgenommen.“**

## VOR DEM RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEG

Im September 2021 fanden Bundestagswahlen in Deutschland statt. Am 8. Dezember wurde der Sozialdemokrat Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt. Präsident Selenskyj nutzte den Wechsel in der Führung Deutschlands als Chance zur Neugestaltung der Beziehungen vor dem Hintergrund der wachsenden russischen Bedrohung.

In Anbetracht des wachsenden Aufmarschs russischer Truppen wollte die Ukraine von den Partnern Militärhilfe erhalten und bat um präventive Sanktionen gegen Russland, die deutlich signalisieren sollten, dass die weitflächige Invasion einen ersten Bruch in den Beziehungen zwischen dem Westen und Russland verursachen würde. Obwohl Deutschland bereits

im Winter 2021/22 an einem potentiellen Sanktionspaket gegen Russland arbeitete, blieb die Regierung in der Öffentlichkeit bezüglich eines möglichen russischen Einmarsches in der Ukraine skeptisch.

Als die Situation an der ukrainisch-russischen Grenze bereits sehr angespannt war, setzten die USA ihre Diplomatie und geheimdienstlichen Erkenntnisse erfolgreich ein, um Kyjiw und die Öffentlichkeit im Westen vor der Gefahr eines russischen Angriffes zu warnen. Deutschland fokussierte sich jedoch nach wie vor auf diplomatische Mittel und hielt an seiner langjährigen Politik fest, keine Militärhilfe für die Ukraine zu leisten. Nach erheblichem Druck lieferte Deutschland 5.000 Schutzhelme, die allerdings erst nach dem russischen Angriff im Land ankamen. Im öffentlichen Diskurs in Deutschland und der Ukraine wurde die Lieferung der Helme ausgiebig verspottet, doch einer der deutschen Interviewten bestätigte, dass die ukrainische Seite kurz vor der Invasion offiziell nur um Schutzwesten und Helme gebeten hatte – wohl auch in dem Wissen, das Deutschland zu mehr nicht bereit war.

In den Wochen und Tagen vor dem russischen Angriff herrschte in der ukrainischen Regierung in Kyjiw eine Mischung aus Misstrauen und Frustration. Einerseits entstand der Eindruck, dass Präsident Selenskyj trotz aller Warnungen von internationalen Partnern und der ukrainischen Aufklärung nicht daran glaubte, dass ein russischer Einmarsch bevorstehe.<sup>6</sup>

Andererseits konnte man beobachten, wie sich innerhalb der

ukrainischen Regierung eine immer größer werdende Enttäuschung breitmachte, die bedingt war durch die nur langsam anlaufende Militärhilfe und den Unwillen zur Verhängung von Sanktionen, die Russland abschrecken und die schwerwiegenden Folgen einer Invasion deutlich zeigen sollten.

Anstatt klarer Sanktionsdrohungen beschränkte sich der Westen auf strategische Ambiguität. Am 14./15. Februar bediente sich die deutsche Seite ein letztes Mal der *Shuttle-Diplomatie*, um die russische Invasion zu verhindern. Im Laufe von zwei Tagen besuchte der Bundeskanzler Scholz zuerst Kyjiw und dann Moskau. Beim Treffen mit Putin versuchte Scholz, das Normandie-Format wiederzubeleben und auf die angeblichen Befürchtungen Moskaus wegen eines NATO-Beitritts der Ukraine einzugehen.

Wenige Tage später, am 21. Februar, erkannte Putin die Quasi-Staaten in Donezk und Luhansk an. In seiner unzusammenhängenden Rede verbreitete er toxische Lügen und Verschwörungstheorien – etwa dass die Ukraine kein echter Staat, sondern eine westliche Kolonie mit einer Marionettenregierung sei.<sup>7</sup> Deutschland und der Westen verhängten umgehend Sanktionen, einschließlich des Moratoriums auf die Pipeline Nord Stream 2. Die „präventiven“ Sanktionen gegen Russland kamen jedoch zu spät, da die Entscheidung zum Angriff auf die Ukraine bereits gefallen war.



## 3. DIE BEZIEHUNGEN SEIT DEM RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEG

### DIE DUNKELSTE STUNDE DER UKRAINE

Am frühen Morgen des 24. Februar entfesselte Russland seinen vollumfänglichen Angriffskrieg gegen die Ukraine, dessen Maximalziel der Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten und der Regierung sowie die Unterjochung des gesamten Landes war.

Schockierende Bilder von Kolonnen russischer Panzer und Militärtechnik aus Belarus, Russland und der Krim, die in Richtung Kyjiw, Charkiw, Tschernihiw und Cherson rollten. Würde die Ukraine unter Führung von Selenskyj im Stande sein, dem russischen Überfall zu widerstehen, oder fiel sie binnen 72 Stunden, wie es westliche Geheimdienste und viele Expert\*innen prognostizierten?

Kurz nach Kriegsbeginn avancierte Selenskyj zur Überraschung vieler zu einer zentralen charismatischen Führungsperson, indem er demonstrativ in Kyjiw blieb und ein Evakuierungsangebot der USA angeblich mit den Worten ablehnte: „Ich brauche Munition, keine Mitfahrgelegenheit“. Durch seine Videoauftritte zu Beginn des Krieges wurde Präsident Selenskyj schnell weltberühmt. Seine per Handy aufgenommenen Botschaften vermittelten den Ukrainer\*innen Zuversicht und ermöglichten eine direkte, konsistente Krisenkommunikation.

Den meisten deutschen Politiker\*innen ist ein solcher Kommunikationsstil fremd. Aber bereits drei Tage nach dem Überfall, am 27. Februar, trat Scholz vor den Bundestag und kündigte Waffenlieferungen an die Ukraine in seiner historischen Zeitenwende-Rede an, die einen wichtigen Politikwechsel markierte. Der Bundeskanzler wies auch auf Sanktionen von bisher unbekanntem Ausmaß hin, die der Westen gegen Russland verhängte, und betonte die entschiedene Beistandspflicht Deutschlands, seine NATO-Partner an der östlichen Flanke zu verteidigen. Mehrere Befragte aus Deutschland und der Ukraine lobten die Rede von Olaf Scholz. Ein deutscher Interviewer sagte dazu: „Diese eindrückliche Rede zeigte, dass ein Teil des deutschen Establishments verstanden hat, dass sich mit dem großen Angriff auf die Ukraine alles grundlegend verändert hat. Aber es ist viel komplizierter, diese Erkenntnis in politische Handlungen zu überführen.“

Im März wandte sich Selenskyj in einer Reihe von Videoansprachen an verschiedene Parlamente weltweit. Am 17. März sprach er vor dem Deutschen Bundestag, dem vierten Parlament auf dieser „Tour“. In seiner Rede appellierte Selenskyj an das deutsche historische Bewusstsein: „Ich wende mich an Sie im Namen aller, die hörten, wie Politiker



jedes Jahr beteuern: 'Nie wieder!' Und die gesehen haben, dass diese Worte nichts wert sind. Denn erneut versucht man in Europa, ein ganzes Volk zu vernichten. Alles zu vernichten, dank dem wir leben. Und wofür wir leben.“<sup>8</sup> Selenskyj erinnerte auch an die Berliner Mauer und erklärte, es gäbe „eine Mauer mitten in Europa, zwischen Freiheit und Unfreiheit. Und diese Mauer wird immer stärker, mit jeder Bombe, die auf unseren Boden, auf die Ukraine, fällt.“ Seine Rede schloss er mit einem direkten Appell an Olaf Scholz: „Reißen Sie diese Mauer nieder! Geben Sie Deutschland die Führung, die es verdient, und auf die Ihre Nachfahren nur stolz sein können“.

Diese Rede spiegelte die hohen Erwartungen und Enttäuschungen der Ukraine gegenüber Deutschland wider. Dass die Plenarsitzung nach dem mitreißenden Appell Selenskyjs ohne Unterbrechung zur Tagesordnung zurückkehrte, führte ebenfalls zu starken Irritationen. Tatsächlich waren die Erwartungen an und die Enttäuschung über Deutschland am größten, nachdem der Schock der ersten Tage und Wochen nachließ und der Bedarf und die Nachfrage nach schweren Waffen aus Deutschland lauter wurden. Zugleich griffen Deutschland wie auch Frankreich zu einer Politik der Verschwiegenheit, angeblich um die Sicherheit der Waffenlieferungen zu gewährleisten, und veröffentlichten keinerlei Informationen über überreichte Waffensysteme und ihre Anzahl. Die ukrainische und deutsche Öffentlichkeit, Medien und viele

Expert\*innen werteten dieses Fehlen an Transparenz als Versuch, den geringen Umfang militärischer Hilfe zu verschleiern. Am 11. März zeigten deutsche Umfragen zum ersten Mal, dass trotz der Angst vor einer Eskalation des Krieges 67 Prozent der Befragten Waffenlieferungen an die Ukraine befürworteten, obwohl noch Ende Februar 74 Prozent der Befragten dies ablehnten.<sup>9</sup>

Zu dieser Zeit lief in Deutschland eine rege Debatte über die Grenzen der Militärhilfe für die Ukraine. Ein ukrainischer Interviewter bemerkte: „Im Frühling hörten wir allen Argumenten der deutschen Seite zu. Irgendwann hörten wir, dass das Training zu lange dauern würde oder dass unsere Jungs die deutschen Geräte nicht bedienen könnten. Wir hatten nicht das Gefühl, dass es sich um eine aufrichtige Debatte handelte, sondern eher um Ausreden.“ Dass deutsche Waffen wieder für die Tötung russischer Soldaten verwendet werden könnten, war eines der Argumente gegen Waffenlieferungen. Das verärgerte die Ukrainer\*innen. Ein ukrainischer Befragter betonte: „Für uns, als eines der größten Opfer des Nazismus während des Zweiten Weltkrieges, war es außerordentlich schmerzhaft zu hören, dass manche sich auf die historische Verantwortung Deutschlands berufen und diese als Grund nutzen, uns keine Waffen zu geben.“

Ein deutscher Gesprächspartner mahnte, die scheinbaren Spannungen nicht überzubewerten.



Trotz öffentlicher Kritik habe Deutschland in Abstimmung mit seinen Partnern an schnellen Waffenlieferungen an die Ukraine gearbeitet, die dort umgehend eingesetzt werden könnten.

## SPANNUNGEN IN DEN BEZIEHUNGEN

In den schwierigsten Momenten scheute sich Präsident Selenskyj nicht vor dem Einsatz einer Taktik des *Naming and Shaming* und des öffentlichen Drucks, um die Unterstützung für die Ukraine zu erhöhen. Als prominenter Vertreter dieses Ansatzes trat insbesondere der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrii Melnyk, in Erscheinung. Dieser stritt noch vor dem russischen Angriff mit einigen Politiker\*innen und der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission über die Anerkennung der Hungersnot in der Ukraine (ukr. Holodomor). Kurz vor dem russischen Einmarsch forderte Melnyk vehement mehr Hilfe von Deutschland und wurde nicht müde, die aus seiner Sicht unzureichende deutsche Unterstützung zu kritisieren.

Nach der Invasion setzte der ukrainische Botschafter seine Public Diplomacy mit großem Eifer fort. Mit Verzicht auf das diplomatische Protokoll wurde er dank seines konfrontativen und provokativen Kommunikationsstils zur zentralen Figur im öffentlichen Diskurs zur Unterstützung der Ukraine. Einige Befragte aus der Ukraine wie auch aus Deutschland priesen dessen „Lautsprecherdiplomatie“ für das Agenda-

Setting in der deutschen Debatte. Ein ukrainischer Interviewpartner merkte jedoch an, dass „die unkonventionellen Ansätze des Botschafters zwar zuerst vonnöten waren, später aber zu einer Belastung wurden.“ Ein deutscher Interviewer wies darauf hin, dass der Botschafter eine zentrale Rolle darin spielte, dass sich Medien und öffentliche Debatten ausschließlich darauf fokussierten, was Deutschland *nicht* lieferte oder *nicht* tat. Er ergänzte, dass diese konfrontative Umgangsform keinesfalls die konstruktive Zusammenarbeit der deutschen Regierung mit der ukrainischen Seite widerspiegele.

In den ersten Kriegswochen bemerkten viele deutsche Beobachter\*innen nicht, dass die bilderreiche und zugleich scharfe Kritik des ukrainischen Botschafters oft in Einklang stand mit den Forderungen Selenskyjs, der Anfang April in einer seiner abendlichen Videoansprachen die Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihre „gescheiterte Russlandpolitik“ kritisierte.

## ABSAGE DES STEINMEIER-BESUCHS

Nachdem die ukrainischen Streitkräfte die russischen Truppen aus den Oblasten Kyjiw, Tschernihiw und Sumy zurückgedrängt hatten, war die Welt entsetzt vom Ausmaß der russischen Grausamkeit und der Kriegsverbrechen in Butscha, Irpin und Borodjanka. Als Selenskyj bei seinem ersten Besuch außerhalb Kyjiws nach Butscha kam, wurde er von Journalist\*innen auf seine

Kritik an Merkel angesprochen, worauf er wiederholte, dass westliche Staatschefs wie Nicolas Sarkozy und Angela Merkel jahrelang Entscheidungen über die Ukraine zusammen mit Russland gefällt hatten, ohne der Ukraine zuzuhören. All dies nur, um Russland zu besänftigen.

Als der für April geplante Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier unmittelbar vor seiner Abreise aus Polen nach Kyjiw abgesagt wurde, erreichten die deutsch-ukrainischen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt. Die Reise hatte der polnische Präsident Andrzej Duda organisiert. Er und seine Amtskollegen aus Estland, Lettland und Litauen planten ein „starkes Signal der geeinten europäischen Solidarität mit der Ukraine“ zu senden. Die deutsche Regierung und einige Bundestagsabgeordnete übten scharfe Kritik an der Ausladung Steinmeiers und bezeichneten diese als diplomatischen Eklat. Anfang Mai telefonierten die beiden Präsidenten zum ersten Mal und Medienberichten zufolge sagte Steinmeier, dass die Ausladung ein „historischer Affront“ und beispiellos gegenüber einem Staatsoberhaupt in Friedenszeiten gewesen sei.<sup>10</sup>

Einige Wochen lang drehte sich die Debatte in Deutschland um die mögliche Beleidigung des Staatsoberaupts und darauf, dass der Bundeskanzler die Ukraine nicht besuchen könne, solange der Disput nicht beigelegt sei. Einige Interviewpartner aus der Ukraine beschrieben diese Situation als „unglückliches Missverständnis“,

und einer von ihnen fügte hinzu, dass „es einen diplomatischen Sturm verursachte, der letztendlich nur im Interesse Russlands war.“ Ein ukrainischer Gesprächspartner merkte jedoch an, dass die öffentlichen Diskussionen keinerlei Auswirkungen auf die militärische oder finanzielle Unterstützung Deutschlands hatten. Zwei deutsche Befragte aus Regierungskreisen bestätigten dies und wiesen darauf hin, dass die „diplomatische Krise“ zwar eine breite politische Diskussion verursacht, aber keinen Einfluss auf die deutsche Unterstützung gehabt habe.

Nach diesem Vorfall weigerte sich Olaf Scholz, „nur für Fotos“ nach Kyjiw zu reisen. Diese Phase bezeichnet den wahrscheinlich größten kommunikativen Misserfolg seiner Außenpolitik. Für den deutschen Bundeskanzler waren symbolische Besuche und symbolische Politik unwichtig, während die ukrainische Seite sich um starke Unterstützung ihrer Partner bemühte, begleitet von symbolischen Gesten. Präsident Selenskyj begriff, dass die kommunikative Dimension seiner Außenpolitik gerade in Kriegszeiten von außerordentlicher Bedeutung ist. Seine täglichen, an die ukrainische Bevölkerung gerichteten Videobotschaften, seine zahlreichen virtuellen Ansprachen und die Besuche von Staats- und Regierungschefs sowie von Prominenten waren immens wichtig, um das globale Narrativ bzw. die mediale Berichterstattung über den Krieg positiv zu beeinflussen und internationale Solidarität und Unterstützung für die Ukraine zu mobilisieren.



Erst einige Wochen nach der vermeintlichen Ausladung Steinmeiers kamen die ersten deutschen Vertreter\*innen nach Kyjiw. Anfang Mai fand der Besuch des Vorsitzenden der größten Oppositionsfraktion, Friedrich Merz, statt. Am 8. Mai kam die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas nach Kyjiw, um an den Gedenkveranstaltungen anlässlich des Zweiten Weltkriegs teilzunehmen. Am 10. Mai reiste mit Außenministerin Annalena Baerbock die erste Vertreterin der Bundesregierung seit Beginn des russischen Überfalls nach Kyjiw. Bis zu seinem späteren Besuch im Juni weigerte sich Kanzler Scholz, sich zu einem möglichen Treffen in der Ukraine zu äußern.

## DIE „SCHWERE WAFFEN“-DEBATTE

Die Monate April und Mai waren bestimmt durch die Bitten der Ukraine nach substanziellere Militärhilfe in Form „schwerer Waffen“ von ihren westlichen Partnern, da sich die Armee auf die Verlegung russischer Truppen und auf eine Intensivierung der Kampfhandlungen im Donbas vorbereitete. Den ganzen April über lehnten Olaf Scholz und viele seiner Parteikolleg\*innen die Lieferungen deutscher schwerer Waffen vorerst ab und drückten wiederholt Befürchtungen aus, dass solche Lieferungen die Risiken einer nuklearen Eskalation erhöhen könnten.<sup>11</sup>

Zugleich setzte die Opposition von CDU/CSU die Regierung im Parlament unter Druck und drohte mit einer eigenen Resolution, die

wahrscheinlich von Teilen der Regierungskoalition unterstützt worden wäre. Um eine solche politische Machtprobe und potentielle Blamage der Regierung zu vermeiden, verabschiedete der Bundestag am 27. April eine von den drei Regierungsparteien gemeinsam eingebrachte Resolution, die unter anderem die „Intensivierung und Beschleunigung der Lieferung wirksamer, auch schwerer Waffen und komplexer Systeme durch Deutschland in enger Abstimmung mit unseren Partnern in NATO, EU und der Welt“ forderte.<sup>12</sup> Umfragen aus diesem Zeitraum zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung (56 Prozent) die Lieferungen schwerer Waffen wie z.B. Kampfpanzern durch Deutschland richtig fand. 39 Prozent sprachen sich dagegen aus. Noch einen Monat zuvor lehnten über 63 Prozent der Bevölkerung die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine ab.<sup>13</sup>

Auf die Frage nach der Einschätzung der deutschen Militärhilfe antworteten einige der im Rahmen dieses Policy Papers befragten Personen, dass die primären Erwartungen gegenüber Deutschland sehr hoch gewesen seien. Ein ukrainischer Interviewpartner bemerkte: „Wir erwarteten eine führende Rolle Deutschlands, aber diese trat nicht ein. Es scheint, dass die deutsche Regierung nicht fähig oder nicht willens ist, die Unterstützung der Ukraine, vor allem die Militärhilfe, auf EU-Ebene anzuführen.“ Ein anderer ukrainischer Befragter sagte: „Für uns Ukrainer ist es schwer zu verstehen, warum Deutschland so langsam Waffen liefert, während es als einer der

weltweit größten Waffenhersteller in einer einzigartigen Position für Lieferungen an uns ist.“ Im Interview mit der ZEIT im Juni unterstrich Präsident Selenskyj: „Jeder Staatschef unserer Partnerstaaten und natürlich auch der Bundeskanzler weiß genau, was die Ukraine braucht. Bloß: Die Lieferungen aus Deutschland sind immer noch geringer, als sie sein könnten.“<sup>14</sup>

Die Enttäuschung der Ukraine über Deutschland und andere Staaten wegen der langsamen Lieferungen schwerer Waffen war zu dieser Zeit deutlich spürbar. Die Ukrainer\*innen waren zudem enttäuscht von der als schleppend angesehenen Sanktionspolitik der EU, gerade was die Einführung scharfer bzw. wirksamer Sanktionen gegen Importe russischer fossiler Brennstoffe anging. Das fünfte EU-Sanktionspaket, das am 8. April als Antwort auf die russischen Verbrechen in Butscha verabschiedet wurde, enthielt statt eines Verbots von Erdöl- oder Gasimporten lediglich den Ausstieg aus russischer Kohle und anderen fossilen Rohstoffen. Sanktionen gegen Erdöl-Importe wurden erst im Juni als Teil des sechsten Sanktionspakets verhängt. „Für die im Krieg kämpfende Ukraine war es unverständlich, warum es so schwierig ist, einen Konsens innerhalb der EU zu erreichen“, sagte ein deutscher Interviewpartner und fügte hinzu: „Deutschland investierte erhebliche Ressourcen, um die Sanktionen so robust und scharf wie möglich zu machen“. Ein anderer Befragter aus Deutschland betonte, dass ukrainische und

deutsche Interessen nicht immer identisch waren und sind. Er betonte, dass ein sofortiger Stopp der Erdöl- und Gasimporte aus Russland schädlich für die Wirtschaft wäre und der schrittweise Ausstieg Zeit brauche.

Es ist nicht leicht, die Enttäuschungen der Ukrainer\*innen gegenüber Deutschland mit anderen Ländern zu vergleichen, aber viele ukrainische Interviewpartner\*innen bestätigten, dass die Enttäuschung nicht nur auf Deutschland beschränkt war. Während die ukrainische Gesellschaft und der ukrainische Staat eine existentielle Krise durchmachten, folgten Deutschland und andere westliche Staaten nach wie vor einer inkrementell-bürokratischen Logik. So wurden öffentliche Äußerungen und eine sichtbare Unterstützung der Ukraine zum einzigen Prisma, durch das westliche Politiker\*innen und auch Deutschland in der Ukraine bewertet wurden. Dies erklärt die immense Popularität von Großbritannien. Boris Johnson, in der Ukraine liebevoll „Johnsonjuk“ genannt, der Kyjiw im Verlauf des Krieges dreimal besuchte, wird als einer der größten Anhänger und Freunde der Ukraine angesehen. Eine weitere Ursache der Enttäuschung der Ukrainer\*innen gerade über Deutschland erklärt sich durch die hohen und teilweise unrealistischen Hoffnungen, die sie auf Deutschland gesetzt haben. Die ukrainische Seite wusste wenig über den schlechten Zustand der deutschen Armee, über die Bürokratie und die Notwendigkeit zur politischen Rücksichtnahme auf jene Teile der deutschen Bevölkerung, die eine weitere Eskalation mit Russland fürchteten.



Ein ukrainischer Interviewpartner sagte dazu: „Die Ukraine bat, forderte und bettelte manchmal bei allen Partnern um Waffen.“ Er fügte hinzu, dass die Frustration über Tempo und Umfang der bereitgestellten Hilfe insbesondere in den ersten Kriegsmonaten gegenüber allen wichtigen Partnern, selbst gegenüber den USA, zu spüren war. Die Enttäuschung wurde vor allem durch die Zurückhaltung Deutschlands bei der Bereitstellung schwerer Waffen und die Art und Weise, wie die Ukrainer diese forderten, verschärft. Die Vernachlässigung der symbolischen Politik durch Deutschland, die Ausladung von Steinmeier sowie die ständige Kritik seitens des ukrainischen Botschafters verstärkten den Eindruck, dass die ukrainisch-deutschen Beziehungen einen Tiefpunkt erreicht hatten.

## HILFE TRIFFT EIN

Ende April und im Mai intensivierte sich die Schlacht um den Donbas. Gleichzeitig gingen in der Ukraine die sowjetischen Munitionsvorräte vor allem für die Artillerie zur Neige und die Zahl täglich gefallener Soldaten belief sich auf 200 bis 300 Personen. Zu dieser Zeit trafen die ersten westlichen Waffensysteme ein. Im April veranstalteten die USA die erste Konferenz „Ukraine Defense Consultative Group“ in Ramstein, um Waffenlieferungen von über 40 Staaten zu besprechen und weitere Unterstützung für die Ukraine zu koordinieren. Kurz davor erklärte Deutschland die Lieferung von 30 Gepard-

Flugabwehrpanzern und schloss sich später einer deutsch-niederländischen Initiative zur Übergabe von acht deutschen und fünf niederländischen Panzerhaubitzen 2000 an. Ende April kamen die ersten Artillerie-Systeme vom Typ M777 aus den USA in der Ukraine an, im Mai dann zwölf deutsch-niederländische Panzerhaubitzen. Mitte Juni unterstützte Deutschland eine Initiative der USA und Großbritanniens und wurde damit zum dritten Staat weltweit, der Mehrfachraketenwerfersysteme (MLRS) lieferte,<sup>15</sup> was der Ukraine immens half, russische Kommandozentralen, Kommunikationsanlagen, Munitionslager und logistische Zentren hinter der Frontlinie anzugreifen. Deutschland übergab zunächst drei MLRS Mars II, die laut ukrainischem Verteidigungsminister Ende August eintrafen. Bis Oktober wuchs die Zahl der gelieferten Mars-II-Raketenwerfer auf fünf und die aus Deutschland gelieferten Panzerhaubitzen auf 14.<sup>16</sup>

Die Ankündigungen über die Lieferung deutscher Waffen wurden in der Ukraine sehr positiv aufgenommen, aber die öffentliche Kritik, insbesondere in Deutschland, ließ nicht nach. Die von der Scholz-Regierung fortgeführte Geheimhaltungspolitik in Bezug auf den Umfang der Waffenlieferungen verstärkte bei Kritiker\*innen den Eindruck, dass die Regierung zu langsam und nicht ausreichend liefere. In der Ukraine durchgeführte Umfragen dokumentieren die Enttäuschung der Ukrainer\*innen und eine Veränderung in der

Wahrnehmung, welche Staaten gute Partner der Ukraine seien. Im Februar 2021, vor dem vollumfänglichen Angriff Russlands, sahen die Ukrainer\*innen die USA (38 Prozent), Polen (35 Prozent) und Deutschland (28 Prozent) als ihre drei wichtigsten Partner an. Bis Mai 2022 konnten Polen (65 Prozent) und die USA (63 Prozent) ihre Positionen halten und sogar stärken, Großbritannien rückte auf den dritten Platz (66 Prozent). Die Anerkennung Deutschlands als Partnerstaat fiel hingegen drastisch. Nur 14 Prozent der Befragten ordneten Deutschland als Top-Partner der Ukraine ein.<sup>17</sup>

Am 1. Juni verlautbarte Bundeskanzler Scholz zum ersten Mal eine lange Liste der deutschen Militärhilfe in seiner Rede vor dem Bundestag und kündigte die Lieferung des modernen Luftverteidigungssystems Iris-T SLM an.<sup>18</sup> Seit Juni veröffentlicht die deutsche Regierung detaillierte Listen ihrer Militärhilfe, die regelmäßig aktualisiert werden.<sup>19</sup> Es wurde deutlich, dass Deutschland trotz aller Kritik zu einem der größten Lieferanten von Militärhilfe an die Ukraine sowohl in Umfang als auch Wert zählt. Umfragen in der Ukraine vom Juni zeigen, dass sich die Wahrnehmung von Bundeskanzler Olaf Scholz verbessert hat. Während ihn im April nur 30 Prozent<sup>20</sup> der Ukrainer\*innen positiv einschätzten, stieg dieser Wert im Juni auf 41 Prozent.<sup>21</sup>

Den letzten Veröffentlichungen des Kiel Instituts<sup>22</sup> zufolge ist Deutschland der viertgrößte

Lieferant von Waffen und Ausrüstung sowie militärischen Unterstützungsleistungen nach den USA, Großbritannien und Polen. Einer der ukrainischen Interviewpartner sagte: „Seit Sommer ist die deutsche Militärhilfe viel besser und viel wertvoller als ihre öffentliche Wahrnehmung. Aber unserer Meinung nach kommen diese Systeme oft mit unnötigen Verzögerungen an.“ Ein deutscher Befragter bemerkte, dass die in den Medien oft zitierte Statistik nicht sinnvoll sei, weil die Bewertungsmethodik, etwa wie verschiedene Staaten den monetären Wert ihrer militärischen Unterstützung berechnen, unklar sei. Seiner Auffassung nach bewerte Deutschland seine Ausrüstung und Systeme nach ihrem aktuellen Marktwert. Viele andere Staaten berücksichtigten dabei die zurückliegenden Anschaffungspreise und führten einen viel höheren Wert ihrer Militärhilfe für die Ukraine an. Auch sagten die Zahlen wenig über die tatsächliche Kampfkraft und Effektivität der gelieferten Waffensysteme aus.

Gleichzeitig leistete Deutschland sehr viel Überzeugungsarbeit, um die mittel- und osteuropäischen EU-Staaten zur Weitergabe ihrer modernisierten sowjetischen Panzer und Infanteriekampffahrzeuge an die Ukraine im Tausch für deutsche Waffen zu bewegen. Zudem initiierte Deutschland sogenannte Ringtausche mit Griechenland, der Slowakei, Tschechien und mit Slowenien. Die niederländische Open Source Webseite für die Analyse von Aufklärungsdaten, Oryxspioenkop oder Oryx, schrieb im September:





„Zwar geriet das Ringtausch-Programm teils zurecht in Kritik, aber man muss feststellen, dass Deutschland zurzeit der einzige europäische Staat ist, der andere Länder proaktiv dazu animiert, ihre Waffensysteme aus sowjetischen Zeiten an die Ukraine zu liefern, und andere Systeme zum Ersatz anbietet.“<sup>23</sup> Ein deutscher Gesprächspartner betonte, dass die Umsetzung der Ringtausch-Vereinbarungen zwar länger als erwartet gedauert habe, aber letztendlich über 100 modernisierte Kampfpanzer sowjetischer Bauart und Infanteriekampffahrzeuge an die Ukraine überreicht worden seien oder noch überreicht würden.

Obwohl die Waffenlieferungen schon laufen, besteht verschiedenen Medienberichten zufolge in Berlin noch immer ein gewisses Misstrauen gegenüber Präsident Selenskyj und dessen Intentionen. Im Mai berichtete der Spiegel: „Gleichzeitig wird aus regierungsnahen Kreisen die Befürchtung geäußert, dass die Ukraine übermütig werden und nach einer Reihe von Siegen auf dem Schlachtfeld in russisches Gebiet vordringen könnte. Das würde bedeuten, dass deutsche Panzer wieder durch Russland rollten.“<sup>24</sup> Die ZEIT schrieb im September über Befürchtungen, dass gelieferte Waffen auf dem Schwarzmarkt auftauchen könnten.<sup>25</sup>

Nach der Meinung einiger deutscher und ukrainischer Interviewpartner\*innen zeigen sich deutsche Befürchtungen bei Waffenlieferungen auch darin, dass der Bundeskanzler trotz der erheblichen Militärhilfe immer

wieder ausweicht, den Sieg der Ukraine als Ziel zu definieren. Wenn Olaf Scholz über die Ziele der Militärhilfe gefragt wird, sagt er oft, dass Russland nicht gewinnen dürfe. „Im Unterschied zu vielen westlichen Partnern scheut sich Scholz, den Sieg der Ukraine als Ziel zu definieren, weil die Niederlage Russlands für ihn und für viele aus seiner Umgebung unvorstellbar ist“, so ein deutscher Befragter.

Bis heute ist unklar, warum der Bundeskanzler den Sieg der Ukraine nicht als Ziel definieren möchte. Ist es, weil eine solche Zieldefinition noch mehr Forderungen nach Waffen und eine noch aktivere deutsche Politik bedeuten würde? Oder glaubt er wirklich nicht, dass ein Sieg der Ukraine möglich ist? Mitte Juni äußerten fast zwei Drittel der befragten Deutschen (64 Prozent) die Meinung, dass die Ukraine mit Hilfe der vom Westen gelieferten Waffen diesen Krieg nicht gewinnen könne. Nur 26 Prozent glaubten an den Sieg der Ukraine.<sup>26</sup> Bis Anfang September veränderten sich die Zahlen kaum. Gleichzeitig zeugen unterschiedliche Umfragen, die in der Ukraine zu Kriegsbeginn<sup>27</sup> und im Sommer durchgeführt wurden, von der Zuversicht der Ukrainer\*innen: fast 90 Prozent sind trotz massiver Angriffe auf die Energieinfrastruktur weiterhin fest von einem Sieg überzeugt.<sup>28</sup>

Bereits vier Tage nach dem russischen Einmarsch, am 28. Februar, erklärte Selenskyj, dass die Ukraine nun auch formell einen Beitritt zur EU anstrebe. Einige Tage später, am 1. März, unterzeichnete er den Antrag auf



den EU-Beitritt. Für viele in Deutschland war das eine Überraschung, obwohl sich Selenskyj bereits seit dessen Amtsantritt 2019 in ganz Europa um die Unterstützung des ukrainischen EU-Beitrittsantrags bemüht hatte. Der überwiegende Anteil der Merkel- und später auch der Scholz-Regierung zeigte sich zunächst skeptisch. Einige Tage vor dem ersten Besuch Scholz' seit Kriegsbeginn sagte Selenskyj im ZDF-Interview: „Ich glaube, es gibt eine gewisse Skepsis in der Beziehung der Führung Deutschlands gegenüber der Ukraine. Ich glaube nicht, dass diese Skepsis auf Bundeskanzler Scholz zurückzuführen ist, ich glaube nicht, dass sie neu ist. Aber ich glaube, diese Skepsis kommt vor allem zum Ausdruck, wenn es um die künftige Mitgliedschaft der Ukraine in der EU und der Nato geht, diese Skepsis war leider auch in der Zeit vor Bundeskanzler Scholz zu spüren. Es gab diese Haltung und ich bin zuversichtlich, dass sich diese Haltung ändern wird.“<sup>29</sup>

Am 17. Juni besuchte Scholz zusammen mit dem Premierminister Italiens und den Präsidenten Frankreichs und Rumäniens die Hauptstadt Kyjiw. Auf ihrer gemeinsamen Pressekonferenz kündigte Scholz an, dass Deutschland den Status des Beitrittskandidaten unterstützen werde. Ein deutscher Interviewpartner sagte dazu, dass die mediale Berichterstattung über die vermeintliche deutsche Skepsis nicht richtig gewesen sei und die Regierung rege Diskussionen über den Status des Beitrittskandidaten für die Ukraine geführt habe. Letztendlich wurde entschieden,

die Ukraine dabei in vollem Maße zu unterstützen. Die angeblich zögerliche Haltung sei ein Teil der alltäglichen politischen Abstimmungsprozesse in der Ampelkoalition. Am 23. Juni erhielt die Ukraine schließlich den Status des EU-Beitrittskandidaten.

## DISKUSSION ÜBER WIEDERAUFBAU

Nach dem Besuch in Kyjiw veränderte sich die Rhetorik des deutschen Bundeskanzlers. Scholz begann, sich für die notwendige Planung des Wiederaufbaus der Ukraine einzusetzen. Am 22. Juni erklärte er in seiner letzten Rede vor dem Bundestag, dass die Ukraine einen neuen Marshall-Plan für den Wiederaufbau benötige. Er kündigte auch eine internationale Konferenz zur Koordinierung der langfristigen Unterstützung der Ukraine im Rahmen des deutschen G7-Vorsitzes an. Scholz fügte hinzu: „Wir werden die Ukraine auch weiterhin massiv unterstützen – finanziell, wirtschaftlich, humanitär, politisch und nicht zuletzt mit der Lieferung von Waffen. Und zwar so lange, wie die Ukraine unsere Unterstützung braucht.“<sup>30</sup> Diese klare Haltung findet sich auch in der G7-Erklärung über die Ukraine vom 27. Juni wieder.<sup>31</sup>

Die Diskussion über den Wiederaufbau der Ukraine gibt Deutschland die Gelegenheit, Führung zu übernehmen und den komplizierten Gesprächen über Waffenlieferungen zu entkommen. Formate wie die von Deutschland im Rahmen seines G7-Vorsitzes zusammen mit der EU initiierten



Wiederaufbaukonferenz im Oktober in Berlin bieten hierfür Möglichkeiten. Mit seinen finanziellen Ressourcen und Erfahrungen in der technischen Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit auch in der Ukraine ist Deutschland dafür prädestiniert, eine Führungsrolle bei den Planungen des ukrainischen Wiederaufbaus zu übernehmen.

Die ukrainische Regierung wusste um die politische Bedeutung des Wiederaufbaus und verfolgte einen dualen Ansatz. Einerseits liegt das primäre Ziel in der weiteren Mobilisierung der internationalen Militärhilfe für die Befreiung der besetzten ukrainischen Gebiete. Andererseits möchten Selenskyj und seine Regierung den Moment nutzen, um die Unterstützung des künftigen Wiederaufbaus zu verankern und Unterstützung für die Sofort- und Nothilfe – die sogenannte *Fast Recovery* – zu organisieren. Daher gründete der ukrainische Präsident bereits Ende April den Nationalen Wiederaufbau Rat. Die Aufgabe des Rates umfasst die Erarbeitung der Pläne zum Wiederaufbau nach dem Krieg und zur Entwicklung der Ukraine. Der hunderte Seiten dicke Plan wurde auf der Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine in Lugano Anfang Juli präsentiert.<sup>32</sup> Dort verpflichteten sich dutzende Staaten zur Unterstützung der Ukraine bei dieser Mammutaufgabe, die nach Angaben der ukrainischen Regierung über 750 Milliarden US-Dollar kosten soll.

## RÜCKKEHR DER WAFFEN-DEBATTE

Als der Sommer ausklang, begann die Ukraine ihre Offensive im Süden und eine überraschende Offensive auf die von Russland besetzten Gebiete in der Oblast Charkiw. Sie konnte ca. 6.000 Quadratkilometer ihres Territoriums befreien.<sup>33</sup> Diese Erfolge überraschten Russland und viele Beobachter\*innen, auch weil die ukrainische Armee ihre Fähigkeit unter Beweis stellte, mit Hilfe westlicher Waffensysteme größere Gebiete zu befreien, als die russischen Truppen seit April besetzt hatten. *The Economist* berichtete mit Verweis auf ukrainische Quellen, dass deutsche Luftabwehrsysteme wie der Flakpanzer Gepard eine wichtige Rolle in dieser Offensive spielten.<sup>34</sup> Und Olaf Scholz unterstrich in Interviews die Tatsache, dass deutsche Waffen zum Erfolg der ukrainischen Armee beitrugen.<sup>35</sup>

In seiner Grundsatzrede an der Karls-Universität in Prag Ende August benannte Scholz die Notwendigkeit einer langfristigen Unterstützung der Ukraine. Er sagte, dass der Krieg auch länger andauern könne und es deshalb einer effizienteren und langfristigen Koordination und Aufgabenverteilung bei der Militärhilfe für die Ukraine bedürfe. Laut Scholz ist Deutschland bereit, besondere Verantwortung beim Aufbau der ukrainischen Artillerie und Luftverteidigung zu übernehmen.<sup>36</sup> Kurz davor kündigte Scholz auf der ukrainischen Krim-Plattform ein weiteres Militärhilfe-Paket für die

Ukraine in Höhe von über 500 Millionen Euro an. Unter anderem soll dieses Paket drei zusätzliche Luftverteidigungssysteme IRIS-T SLM umfassen. Der größte Teil der Waffen werde erst 2023 geliefert und das Paket bedeute den Anfang einer „nachhaltigen Modernisierung der ukrainischen Streitkräfte“, wie der Sprecher der Bundesregierung erklärte.<sup>37</sup>

Interessant ist auch, was dieses Paket *nicht* enthält. Monatelang bat die Ukraine um die Lieferung von Infanteriekampffahrzeugen aus Vorräten der deutschen Rüstungsindustrie und vor kurzem auch erstmals öffentlich um moderne deutsche Kampfpanzer. Die im Rahmen dieses Policy Papers befragten Gesprächspartner\*innen aus Deutschland und der Ukraine gaben an, dass es sich mit einer strikt militärischen Logik nicht erklären ließe, warum Deutschland die weltweit besten Artilleriesysteme und hocheffektiven Artillerieraketensysteme liefere, die die russischen Logistikketten und Positionen zerstörten, die Lieferung von Kampfpanzern des Typ Leopard II oder Schützenpanzer Marder jedoch verweigere. Die Argumente wurden seit April dieses Jahres ausgetauscht und bleiben im Kern politisch. Bis heute lehnt die Bundesregierung die Bereitstellung dieser zwei Waffensysteme ab. Seit September haben die Debatten und Forderungen der ukrainischen Seite eine neue Intensität erreicht und drohen die deutsch-ukrainischen Beziehungen zu belasten. Expert\*innen vom European Council of Foreign

Relations (ECFR) präsentierten einen ersten Plan, wie eine europäische Initiative mit deutscher Beteiligung oder unter deutscher Führung zur Übergabe des Kampfpanzers Leopard II an die Ukraine aussehen könnte.<sup>38</sup> Als die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock im September Kyjiw zum vierten Mal innerhalb eines Jahres besuchte, sprach ihr ukrainischer Kollege Dmytro Kuleba die Lieferung deutscher Kampfpanzer in einer gemeinsamen Pressekonferenz öffentlich an. Die deutsche Ministerin weigerte sich jedoch zu sagen, ob die Regierung der Bitte der Ukraine nach Kampfpanzern nachkommen werde. Kurz darauf warf Kuleba Deutschland auf Twitter vor, ukrainische Bitten um die Leopard II Kampfpanzer und Schützenpanzer Marder zu ignorieren. Er schrieb, dass Berlin nur „abstrakte Ängste und Ausreden“ liefere, und fragte: „Wovor fürchtet sich Berlin und Kyjiw nicht?“<sup>39</sup>

Als die deutsche Außenministerin aus Kyjiw zurückkehrte, sprach sie sich in einem Interview mit der FAZ für die Lieferung der Kampfpanzer aus,<sup>40</sup> kehrte später aber zu der Version zurück, dass Deutschland die Kampfpanzer nur zusammen mit seinen internationalen Partnern liefern könne. Mitte September beteiligte sich auch die amtierende EU-Kommissionspräsidentin und frühere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen an der Debatte, als sie in einem Interview aus Kyjiw sagte: „Wenn sie sagen, sie brauchen Kampfpanzer, dann sollten wir das ernst nehmen und ihnen das liefern.“<sup>41</sup> Als diese Debatte einen Höhepunkt zu



erreichen schien, kündigte die Bundesverteidigungsministerin an, dass Deutschland 50 Allschutz-Transport-Fahrzeuge Dingo an die Ukraine liefern werde. Das markierte einen überraschenden Kurswechsel. Wenige Tage zuvor hatte die Ministerin noch in einem Interview behauptet, dass die Lieferung von gepanzerten Fahrzeugen wie den Dingos nicht möglich sei, da sie für Trainingszwecke in Deutschland und in Auslandseinsätzen benötigt würden.<sup>42</sup>

Gleichzeitig hält die Ukraine an ihren Forderungen nach deutschen Kampf- und Schützenpanzern fest. In einem Interview für die FAZ äußerte sich Kuleba am 16. September: „Jetzt fragen wir nach Leopard-Panzern oder Marder-Panzern, und Deutschland liefert die gepanzerten Fahrzeuge des Typs Dingo. Auch das ist hilfreich, und wir sind dankbar dafür. Aber das ist nicht das, was wir im Kampf am meisten brauchen. Woran hakt es? Wo ist das Problem? Warum können wir nicht das bekommen, was wir brauchen und worüber Deutschland verfügt? Ich habe den Eindruck, in Berlin steht eine Art Waffenmauer. Ich denke, für den Bundeskanzler ist die Zeit reif, diese Mauer einzureißen.“<sup>43</sup>

Auch Präsident Selenskyj leistete seinen Beitrag zu der Panzer-Debatte in einem Interview für BILD am 21. September: „Für uns bedeuten die Panzer heute die Verteidigung unserer Menschen. Wir werden diesen Krieg auch ohne Ihre Panzer gewinnen. Aber ich will, dass Sie verstehen, dass wir für unsere gemeinsamen Werte kämpfen, und ich will, dass es unser gemeinsamer Sieg sein

wird“. Er forderte Deutschland auf, die Absage für die Lieferungen nicht mit dem Verhalten der USA oder anderer Länder zu rechtfertigen: „Sie hängen nicht von anderen Staaten ab. Deutschland ist die leistungsstärkste Wirtschaft in Europa, deswegen kann es als Vorbild dienen.“<sup>44</sup>

Die ganze Diskussion um die deutsche Militärhilfe ist politisch hochsensibel und in Deutschland umstritten. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat Angst vor einer weiteren Eskalation und einem direkten Konflikt mit Russland. Bundeskanzler Scholz weiß das und handelt deswegen sehr vorsichtig und in enger Abstimmung mit der US-Administration, die sich in Fragen der Lieferungen modernerer Waffensysteme und Raketen wie z.B. ATACMS ebenfalls zurückhält.<sup>45</sup> Sollte Deutschland alleine Kampfpanzer liefern, berge dies nach Auffassung von Scholz hohe Risiken; viele linke und pazifistische Parteiangehörige, die sich lange gegen jegliche Militarisierung Deutschlands eingesetzt haben, sehen darin nicht nur das Risiko für eine Eskalation. Für sie ist die Vorstellung unerträglich, dass deutsche Panzer auf den ukrainischen Schlachtfeldern gegen Russen eingesetzt werden könnten. Dieser Teil von Scholz' Wählerschaft hält noch immer an dem naiven Glauben fest, dass man Vereinbarungen mit Russland treffen könne, die die billigen Gas- und Energiepreise zurückbringen würden.

Trotz des politischen Drucks des linken Parteiflügels ist die Position von Scholz und Deutschland nicht so starr, wie sie zu sein scheint. Scholz signalisierte seine Bereitschaft zu deren Neujustierung in Beratungen mit den Partnern, die die Ukraine unterstützen. Nico Lange fasste die Meinung vieler im Rahmen dieses Policy Papers Befragten in der Zeitschrift *Internationale Politik* im September zusammen: „Es ist ein kluger Grundsatz, immer abgestimmt mit Partnern zu handeln. Allerdings sollte für ein Land wie Deutschland, an das aufgrund seiner Lage, seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Stärke mit Recht der Anspruch einer Führungsrolle gestellt wird, das Handeln 'gemeinsam mit den Partnern' nicht bedeuten, als Letzter schließlich auch ein wenig von dem zu tun, was alle anderen bereits gemacht haben.“<sup>46</sup>

Je länger die Debatten ohne eine gemeinsame Entscheidung Deutschlands und seiner Partner andauern, desto belastender könnten die Auswirkungen der Panzerfrage für die bilateralen Beziehungen werden. Ende September reagierte der Bundeskanzler im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ) verärgert auf die Frage über die Lieferung von Kampfpanzern. Er sagte, dass Partner wie Tschechien und die Slowakei, Rumänien und Griechenland Panzer aus osteuropäischer Produktion an die Ukraine abgäben. Sie seien sofort einsatzfähig, weil Logistik, Munition, Ersatzteile und das nötige Knowhow vorhanden seien. „Im Gegenzug füllen wir die Bestände unserer Partner nach

und nach mit westlichem Gerät auf“, erörterte der Bundeskanzler. Deswegen sei er überrascht, „dass manch Kritiker so tut, als würden wir nur Helme liefern.“<sup>47</sup>

Einer der ukrainischen Gesprächsteilnehmer für dieses Policy Paper sagte, dass trotz der signifikanten deutschen Hilfe „das Ausmaß des Kriegs enorm [ist]. Aus diesem Grund sind wir gezwungen, ständig um mehr Waffen zu bitten. Aber jedes Mal rennen wir gegen eine Mauer an, wenn wir versuchen, von Deutschland militärische Unterstützung auf einem höheren Niveau zu bekommen. Das ist immer wieder schmerzhaft. Letztendlich bekommen wir das, wonach wir fragen, jedoch mit großer Verspätung, die viele Leben kostet. Das verursacht Aufregung und unnötige Streitigkeiten.“

## EIN WAHRNEHMUNGS- ODER KOMMUNIKATI- ONSPROBLEM?

Schaut man sich nur den öffentlichen Diskurs an, der sich auf die Unzulänglichkeiten der deutschen Unterstützung konzentriert, dann entsteht der Eindruck, die bilateralen Beziehungen stecken in einer Krise. Dem ist jedoch nicht so. Der deutsche und ukrainische öffentliche Diskurs und viele öffentliche Erklärungen der ukrainischen Politiker\*innen, insbesondere des ukrainischen Ex-Botschafters Andrii Melnyk, rückten ukrainische Forderungen nach stärkerer militärischer Hilfe



und reale oder scheinbare Mängel der deutschen Unterstützung in den Fokus. Angesichts der schwierigen militärischen Lage der Ukraine im Frühling und Sommer ist es mehr als verständlich, dass die Ukraine über die Hilfe des Westens enttäuscht war.

Das Land, das zum Opfer eines genozidalen Angriffs- und Vernichtungskrieges Russlands wurde, hat jedes Recht, sich über die als unzureichend empfundene westliche Hilfe zu beklagen. Die westlichen Partner haben ihrerseits ihre eigenen Interessen, wie einer der Gesprächspartner betonte. Dieser fügte hinzu, dass der Sieg der Ukraine zweifellos im Interesse des Westens liege, Deutschland und die USA aber auch die Risiken der Eskalation und den Druck der Sanktionen auf ihre eigenen Volkswirtschaften berücksichtigen müssten. Die Ukraine, die einen existenziellen Kampf um ihr Überleben führt, kann sich diesen Luxus einer genauen Reflektion aller Nuancen nicht leisten. Kritiker\*innen interpretieren Deutschlands zögerliche Haltung zu weiteren Waffenlieferungen als naive Hoffnung der deutschen Bundesregierung, einen Einfluss auf Russland auf bilateraler diplomatischer Ebene ausüben zu können.

Interessant ist, dass einige Gesprächspartner\*innen, die für dieses Policy Paper interviewt wurden, die Beziehungen zwischen den Staatschefs, Regierungen und Gesellschaften für weit besser erachten als es die mediale Berichterstattung oder die Diskussionen über mehr

Waffenlieferungen erahnen lassen. Einer der deutschen Gesprächspartner gab an, dass die Erwartungen der Ukraine an Deutschland aufgrund der jahrzehntelangen Verfehlungen der deutschen Russlandpolitik – einschließlich der Gasleitungen Nord Stream 1 und 2 – verständlicherweise höher waren als gegenüber Frankreich, Italien, Polen oder Großbritannien. Er fügte jedoch hinzu, dass der Großteil der Kritik sich darauf reduziere, was Deutschland für die Ukraine *nicht* macht, anstatt die umfangreiche deutsche Unterstützung der Ukraine seit 2014 und ihre Zunahme seit Beginn des russischen Angriffskrieges zu beleuchten.

Man kann zum einen die Schlussfolgerung ziehen, dass ein reales Wahrnehmungsproblem besteht. Die Wahrnehmung, dass Deutschland bei der Bereitstellung der so dringend benötigten Militärhilfe zu vorsichtig, unentschlossen und langsam sei, geht auf die öffentliche Auseinandersetzung über die Ausladung Steinmeiers und die Waffendebatten insbesondere in den ersten Kriegsmonaten und letzten Wochen zurück. Diese Wahrnehmung basiert auf der Enttäuschung der Ukrainer\*innen über Deutschlands verfehlte und rücksichtslose Außen- und Energiepolitik gegenüber Russland, die einer gründlichen Aufarbeitung bedarf.

Diese Wahrnehmung weckte jedoch zum Teil unrealistische Erwartungen darüber, wie schnell und in welchem Umfang Deutschland bereit wäre, der

Ukraine Unterstützung zu gewähren. Die 180-Grad-Wende, die die deutsche Politik in dieser Hinsicht vollzogen hat, wird in der Ukraine oft unterschätzt. In kürzester Zeit wandelte sich Deutschland von einem Hauptpartner und Fürsprecher Russlands zum größten Unterstützer der Ukraine in der EU bei ihrer Verteidigung gegen Russland. Deutschland setzte sich über sein langjähriges Dogma hinweg, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Für die Ukrainer\*innen, die um ihre Existenz kämpfen, ist es unmöglich zu akzeptieren, dass Entscheidungsprozesse zu Lieferungen bestimmter Waffensysteme in einer Drei-Parteien-Koalition so langsam ablaufen und die Bürokratie es derart erschwert, eine effizientere Hilfe zu organisieren. Vergleicht man die bereitgestellte Hilfe mit der Unterstützung von Ländern wie Frankreich, Italien oder Großbritannien, lässt sich feststellen, dass die deutsche Hilfe insgesamt viel umfangreicher ist, und dies seit dem ersten Tag des Krieges. Ein deutscher Interviewpartner sagte, dass sich der öffentliche Diskurs vollkommen von den Diskussionen unterscheidet, die Deutschland mit seinen Partnern und mit der Ukraine führt. Dort würden Länder ganz pragmatisch die bereitgestellten finanziellen, humanitären oder militärischen Hilfen vergleichen und gemeinsam besprechen, wie diese Unterstützung aufrechterhalten und ausgebaut werden könne.

Einer der deutschen Gesprächspartner gab an, dass die deutsche Regierung seiner

Auffassung nach ein „ernsthaftes Kommunikationsproblem“ habe und ergänzte, dass dies mit der traditionell ausgerichteten deutschen Diplomatie zu tun habe. Deutschland könne bei Public Diplomacy und PR von amerikanischen oder britischen Kollegen lernen. Ein Beispiel für dieses Kommunikationsproblem stellt die Tatsache dar, dass Deutschland in absoluten Zahlen zwar einer der größten Geber nicht-militärischer finanzieller Hilfe ist, dies jedoch kaum jemand weiß.

Während des Treffens der G7-Finanzminister, das im Mai in Deutschland stattfand, erklärten sich die USA bereit, 7,5 Milliarden US-Dollar beizusteuern. Die Bundesregierung stellte eine Milliarde zur Verfügung; beides als Zuschüsse, nicht als Darlehen. Deutschland kommunizierte das kaum. Die anderen G7-Staaten, darunter auch die EU-Mitglieder Frankreich und Italien, gaben zusammen in Form von Krediten nur weitere 700 Millionen.<sup>48</sup> Laut Angaben des Support Trackers des Kiel Instituts kam ein großer Anteil der Finanzhilfe für die Ukraine im Zeitraum vom 24. Januar bis 3. August von den EU-Institutionen (12,32 Milliarden Euro), den USA (11,06 Milliarden Euro), Großbritannien (2,1 Milliarden Euro), Kanada (1,82 Milliarden Euro) und Deutschland (1,15 Milliarden Euro). Angesprochen auf den Vergleich der deutschen finanziellen Hilfe für die Ukraine antwortete ein deutscher Gesprächspartner, dass der quantitative Vergleich der Unterstützung problematisch sei, weil Deutschlands Beitrag vom EU-Beitrag abgetrennt sei,





Deutschland daran jedoch auch „in hohem Maße“ beteiligt sei.

Deutschland prahlt nicht mit seiner Unterstützung und das ist sympathisch. Das Land versäumt es jedoch auch, die immensen Anstrengungen, die es unternimmt und bereits unternommen hat, angemessen nach außen zu kommunizieren.

Auch die substanzielle humanitäre Unterstützung wird nicht ausreichend beleuchtet. Dies schließt die Tatsache ein, dass Deutschland fast eine Million Geflüchtete aus der Ukraine ohne gesellschaftliche Diskussionen, politische Gegenreaktionen und ohne bürokratische Probleme aufgenommen hat. Ganz anders sah es 2015 aus, als eine Million Geflüchtete aus Syrien nach Deutschland kamen. Umfragen zeigen, dass die Deutschen bereit sind, die Ukraine weiter zu unterstützen, sogar wenn dies höhere Lebenshaltungs- oder Energiekosten für sie selbst bedeutet. Trotz anhaltender Sorgen vor einer Eskalation des Kriegs und hoher Energiepreise stieg die gemessene Unterstützung für die Ukraine im ZDF-Politbarometer von 70 Prozent im Sommer auf 74 Prozent im September.<sup>49</sup> Das ist eine bedeutende Veränderung im Vergleich zur Zeit nach 2014. Damals gab es weder einen gesellschaftlichen Konsens für eine breite Unterstützung der Ukraine noch für eine härtere Russlandpolitik.



## 4. WIE MAN DIE DEUTSCH-UKRAINISCHEN BEZIEHUNGEN STÄRKEN KANN

Die deutsch-ukrainischen Beziehungen während des russischen Angriffskrieges sind heute deutlich besser als ihr Ruf. Deutschland hat erhebliche Summen in die ukrainischen zivilen und militärischen Kapazitäten investiert, damit die Ukraine sich in diesem Krieg verteidigen kann, und mehrfach seine Bereitschaft signalisierte, eine führende Rolle beim Wiederaufbau des Landes zu übernehmen. Doch wie können die Beziehungen – abgesehen von der Intensivierung der finanziellen oder militärischen Unterstützung – verbessert werden? Diese Frage wurde allen Interviewten des Policy Papers gestellt. Das folgende Kapitel spiegelt die Sicht der Interviewpartner\*innen wider und stellt weitere Beobachtungen und Handlungsempfehlungen der Autor\*innen dar. Einige Ideen sind praktisch und können schnell umgesetzt werden, andere sind eher als Denkanstöße für weiterführende Diskussionen gedacht.

### EIN BESSERES NARRATIV ÜBER DIE UKRAINE ENTWICKELN

Kommunikativ kann man Bundeskanzler Olaf Scholz und

Präsident Joe Biden vorwerfen, kein konsequentes Narrativ zum russischen Krieg gegen die Ukraine entwickelt zu haben oder, wie einige Kritiker\*innen sagen, über keine Kommunikationsstrategie zu verfügen. Beide Akteure erklären nicht ausreichend, was in diesem Krieg auch für Europa und die USA auf dem Spiel steht und warum es nicht nur moralisch geboten ist, dass die Ukraine siegt, sondern auch mit Blick auf die europäische Sicherheits- und globale Friedensordnung im strategischen Interesse Deutschlands liegt, dass Russland diesen Krieg verliert und die Ukraine ihre volle territoriale Integrität und Souveränität wiedererlangt. Der deutsche Bundeskanzler und der US-Präsident versprechen, dass sie die Ukraine „so lange unterstützen, wie es nötig ist“.<sup>50</sup> Aber warum es „nötig“ ist, wird kaum ausreichend erklärt.

Deshalb ist es an der Zeit, den nächsten Schritt in der strategischen Kommunikation zu machen und von „Russland darf nicht gewinnen“ zu „alles Mögliche für den schnellstmöglichen Sieg der Ukraine tun“ überzugehen. Dies bedarf einer Definition des ukrainischen Sieges. Bis dato bedeutet ein ukrainischer Sieg für die Ukraine die Befreiung der gesamten von Russland besetzten Gebiete.



Insbesondere die deutsche Bevölkerung muss von ihrer politischen Führung die Gründe hören, warum der Sieg der Ukraine im Interesse Deutschlands liegt und welche schwerwiegenden Folgen ein potentieller Sieg Russlands mit sich bringen würde. Kanzler Scholz spricht bereits in seinen Reden von der Bedeutung des Völkerrechts. Das ist gut und richtig, muss aber ausgeweitet und in ein kohärentes Narrativ überführt werden, warum das Ende des Krieges zu ukrainischen Bedingungen, die sich im Laufe des Krieges ändern können, für die europäische Friedensordnung wichtig ist und auch darüber hinaus eine abschreckende Wirkung auf andere revisionistische Mächte ausübt.

Einige deutsche und ukrainische Expert\*innen, die im Rahmen dieses Policy Papers interviewt wurden, erklären die deutsche Zögerlichkeit, ein Narrativ oder eine Strategie zu entwickeln, mit den langen historischen Traditionen der deutschen Ostpolitik und mit einer sentimentalen Nähe zu Russland, das lange als strategischer Partner und als größtes Opfer des Zweiten Weltkrieges wahrgenommen wurde. Die Niederlage Russlands in der Ukraine war und bleibt vielen gewissermaßen unvorstellbar, auch aus einer großen Sorge vor einer möglichen Eskalation. Nichtsdestotrotz wurde dieser Mythos der Unbesiegbarkeit Russlands und dessen Eskalationsdominanz längst und mehrfach gebrochen und nicht zuletzt mit den Erfolgen der ukrainischen Gegenoffensive im Osten und Süden als falsch entlarvt. Einer der Befragten bemerkte: „Die Deutschen wachen langsam auf, aber brauchen noch gewisse Zeit,

damit sie endgültig an den Sieg der Ukraine glauben.“

Einige ukrainische und deutsche Gesprächsteilnehmer\*innen gaben an, dass einer der größten Erfolge in den derzeitigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern das beeindruckend hohe Niveau der Unterstützung der Ukraine von Seiten Deutschlands trotz steigender Lebenshaltungskosten für die Bürger\*innen ist. Diese gesellschaftliche Stimmung gilt es zu unterstützen und mittelfristig aufrechtzuerhalten. Ein kohärentes Narrativ und eine kommunikative Strategie lassen die Bürger\*innen diese Unterstützung verstehen und verankern. Dafür ist wichtig, dass beispielsweise erklärt wird, warum die Energiepreise durch die russische Erpressungspolitik und durch Sanktionen steigen und warum es sich lohnt, kurzfristige Einschnitte in Kauf zu nehmen. Damit verbunden ist auch die Rolle der historischen Aufarbeitung zu einem besseren Verständnis und einem gemeinsamen Gedenken an die grausamen Verbrechen des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in Osteuropa. Deutsche müssen mehr darüber erfahren, was im Zweiten Weltkrieg in der Ukraine, Belarus, Polen und dem Baltikum angerichtet wurde, damit sie die wahrgenommene Schuld und historische Verantwortung nicht nur auf Russland projizieren.

Gleichzeitig müssen die Misserfolge der späten Ostpolitik, ihr enger Fokus auf Russland und ihre Ignoranz gegenüber den Bürgerrechtsbewegungen in Mittel- und Osteuropa breiter diskutiert und aufgearbeitet werden. Ein vermeintliches Festhalten an den

Dogmen der Ostpolitik war einer der Faktoren, die zu Deutschlands egoistischer bzw. engstirniger Energiepolitik und zu Projekten wie Nord Stream geführt haben. Von großer Bedeutung für Deutschland ist die Reflektion darüber, warum Teile seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten sowie Teile der Bevölkerung unfähig waren und zum Teil noch immer sind, den Aufstieg des russischen Neoimperialismus und Chauvinismus zu erkennen. Es bedarf verschiedener journalistischer und überparteilicher Untersuchungen auch auf Ebene des Bundestags, möglicherweise in Form einer Enquetekommission zur gescheiterten deutschen Russlandpolitik. Wie konnte Russland so lange durch effektives Lobbying und strategische Korruption Kontakte in Deutschland aufbauen und dann erfolgreich nutzen? Ein erster Schritt, der dieses Problem adressiert, ist der jüngste Vorschlag Deutschlands, im neuen EU-Sanktionspaket ein Verbot für EU-Bürger aufzunehmen, führende Positionen in Management oder Aufsichtsräten russischer Staatskonzerne zu bekleiden.<sup>51</sup>

Darüber hinaus sollte es Deutschland bewusst sein, dass es derzeit nur über sehr wenige Instrumente zur Einflussnahme auf Russland verfügt. Das wohl wichtigste ist der Sieg der Ukraine. Ein solcher Sieg kann mittel- bis langfristig die Demokratisierung Russlands, Belarus und anderer Länder der Region anstoßen. Ein deutscher Gesprächspartner bemerkte: „Wenn man einen positiven Einfluss auf Russland ausüben und die Richtung der

Entwicklung dieses Landes umlenken will, ist es wichtig, dies über die Ukraine zu tun. Man muss die Ukraine zu einem Erfolg machen, denn die Ukrainer\*innen werden es schließlich schaffen, eine reifere Gesellschaft und eine andere Art der Führung ihres Landes zu entwickeln. Dadurch werden sie Einfluss auf Russland ausüben. Aber wir können nicht zulassen, dass Russland die Ukraine in den Abgrund reißt, und genau darum ging es in diesem Krieg von Anfang an. Russland und sein Modell sind gescheitert, und Russland will die Ukraine mit sich in den Abgrund ziehen.“

## DIE STRATEGISCHE KOMMUNIKATION VERBESSERN

Für beide Seiten ist es äußerst wichtig, den Kommunikationsstil zu ändern. Viele der im Policy Paper angeführten Missverständnisse und Spannungen ergeben sich aus Fehlern in der Kommunikation. Gleichzeitig betonen die Interviewten, dass die deutsch-ukrainischen Beziehungen auf der Arbeitsebene viel besser seien als ihre öffentliche Wahrnehmung durch das Prisma der Medien.

Das bedeutet nicht, dass sich die Ukraine scheuen sollte, ihre Interessen, Bedürfnisse oder Forderungen auch öffentlich auszusprechen. Aber es ist in der derzeitigen Phase des Krieges gewinnbringender, Unterstützung auf eine konstruktivere, kreativere und weniger konfrontative Weise einzufordern. Die bereits geleistete Hilfe Deutschlands sollte dabei



immer mitgedacht und auch öffentlich kommuniziert werden. Die Ernennung von Oleksii Makeiev zum neuen Botschafter der Ukraine in Deutschland bietet eine gute Gelegenheit, die offizielle Kommunikation neu aufzustellen und das Gleichgewicht in der Kommunikation zwischen Public Diplomacy, dem öffentlichen und weiterhin notwendigen Erinnern gerade an deutsche Waffenhilfe mit vertrauensvoller Arbeit hinter den Kulissen wiederherzustellen. Erste Auftritte des Botschafters zeigen, dass bereits eine Anpassung der Kommunikation stattfindet. In einem seiner ersten Interviews sagte Makeiev der ARD, dass er alles tun wolle, damit Vertrauen mit deutschen Politiker\*innen „entsteht und erhalten bleibt“.<sup>52</sup>

Gleichzeitig sollte Deutschland seine Kommunikationsansätze überdenken. Einerseits wäre es sinnvoll, neben den Listen gelieferter Waffen die gesamte deutsche Hilfe von 2014 bis heute leicht auffindbar einsehen zu können. Bisher sind die Daten und Informationen auf verschiedene Stellen und Ministerien verstreut. Der immense deutsche Beitrag für die Ukraine in militärischer, humanitärer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht ist für deutsche Medien und Bürger\*innen nicht einfach nachzuvollziehen.

Deutschland sollte auch bei Fragen zu Waffenlieferungen klarer kommunizieren. Das Unverständnis der Ukrainer\*innen wächst, wenn Deutschland keine logischen Gründe dafür anführt, warum es die angeforderten Kampfpanzer und Schützenpanzer nicht an die Ukraine liefern will, während modernste Haubitzen und

Raketenartillerie, die sehr wirkungsvoll gegen die russische Armee sind, bereits geliefert wurden. Entscheidend sind Transparenz, Konsistenz und nachvollziehbare Begründungen der Entscheidungen.

Gleichwohl sollte die deutsche Regierung deutlicher kommunizieren, dass der Anstieg der Energiepreise für die Bevölkerung durch den von Russland (und nicht von der Ukraine) entfesselten Angriffskrieg in Europa bedingt ist und dass die Abhängigkeit von der russischen Energie eine Gefahr für die nationale Sicherheit Deutschlands darstellt. Eine Rückkehr der Politik zum Status Quo vor dem russischen Angriffskrieg – nämlich sehr engen Energiebeziehungen mit Russland – wird es auch nach Friedensschluss nicht geben können. Auch, weil der Krieg den endgültigen Abschied von russischen fossilen Energieträgern beschleunigt. Schließlich wäre es sinnvoll, mit Stimmungen und Erwartungen der Deutschen selbst zu arbeiten. Eine klarere Kommunikation dazu greift auch der Stimmungsmache von ganz links und rechts vor, die die Politik wegen steigender Preise unter Druck setzt und fordert, die Unterstützung für die Ukraine zu reduzieren oder an Bedingungen wie einen Diktatfrieden oder Waffenstillstand zu knüpfen.

## DIE INSTRUMENTE DEUTSCHER MILITÄRHILFE ANPASSEN

Die Durchführung der illegalen Scheinreferenden durch Russland, die Annexion von vier ukrainischen Oblasten und die Mobilisierung von über 300.000 Soldaten demonstrieren die Bereitschaft Russlands, seine maximalistischen Kriegsziele trotz militärischer Rückschläge in Charkiw und Cherson weiter zu verfolgen und die Kriegsanstrengungen zu verdoppeln. Die russische Strategie setzt darauf, dass die Mobilisierung den Krieg erfolgreich verlängern kann, während Russland versucht, mit wirtschaftlichem Druck, politischer Destabilisierung und dem gezielten Schüren von Ängsten vor einer (auch nuklearen) Eskalation Einfluss auf den Westen zu nehmen und ihn dazu zu bewegen, die Ukraine zu Verhandlungen zu zwingen. Dies erfordert vom Westen eine Stärkung und Anpassung der Unterstützung der Ukraine. Unsere ad hoc-Unterstützung muss jetzt in eine langfristig ausgerichtete Hilfe überführt werden.

Die jüngsten militärischen Erfolge der Ukraine in Cherson bieten sich an, Tabus innerhalb des westlichen Bündnisses gegenüber der Bereitstellung bestimmter Waffensysteme zu überdenken. Dazu gehören insbesondere Munition mit höherer Reichweite für die Raketenartillerie HIMARS, die der ukrainische Oberbefehlshaber Waleri Saluschnyj vor kurzem zur Bitte Nummer Eins an die USA erklärte.<sup>53</sup> Warum sollte die Ukraine

keine ATACMS Munition erhalten, wenn sie bereit ist, keine Ziele in Russland anzugreifen, und der Iran neben Kamikazedrohnen auch seine Bodenraketen mit einer Reichweite von bis zu 700 Kilometern an Russland liefern könnte?

Die deutsch-ukrainischen militärischen Beziehungen müssen nicht nur Zankapfel sein, sie bieten auch viele Potentiale, um die Beziehungen der beiden Länder langfristig zu stärken. Die friedliche Lösung des Krieges im Donbas, basierend auf den Minsker Abkommen und den Normandie- und Minsk-Formaten, waren ein wichtiger Eckpfeiler der deutschen Ukraine-Politik. Während der aktiven Kampfhandlungen können militärische und andere Hilfen Deutschlands zu einem Hebel auf diplomatischer Ebene werden. Nur durch kontinuierliche und langfristige militärische Unterstützung wird Deutschland als einer der wichtigsten Partner der Ukraine akzeptiert und in Friedensverhandlungen mit Russland einbezogen werden.

Aus historischen Gründen war Deutschland die militärische Komponente in seinen außenpolitischen Beziehungen fremd. Hier bieten sich Veränderungen an, auch weil die ukrainischen Streitkräfte eine langfristige Unterstützung des Westens über das Ende des Krieges hinaus benötigen werden. Die aktive Modernisierungshilfe der ukrainischen Armee liegt auch im deutschen Interesse. Eine kontinuierliche Investition in die langfristige Stärkung der ukrainischen Streitkräfte stärkt die Resilienz der Ukraine und dient als



konventionelle Abschreckung gegen eine potentielle künftige Aggression Russlands. Aus diesem Grund sollte Deutschland konsequent in die ukrainische Armee investieren. Deutschland kann dabei enorm von den umfangreichen ukrainischen Erfahrungen – nicht zuletzt mit deutschen Waffensystemen – auf den Schlachtfeldern des größten konventionellen Krieges der letzten Jahrzehnte profitieren.

Außerdem entsteht damit die Möglichkeit, Einfluss auf die Gestaltung der zivil-militärischen Beziehungen und auf den Wiederaufbau des ukrainischen Verteidigungssektors zu nehmen. Eine umfassende Modernisierung der ukrainischen Streitkräfte und die Steigerung ihrer Interoperabilität mit den NATO-Streitkräften sollten als ein klares Ziel definiert werden. Wenn sich Deutschland als Hauptlieferant der ukrainischen Armee behauptet, bedeutet dies zudem langfristige, milliardenschwere Verträge für die Rüstungsindustrie Deutschlands.

Grundsätzlich hat Deutschland eine leistungsstarke Rüstungsindustrie. Dessen Potentiale können für die Nachrüstung der europäischen Partner, die Waffensysteme und Munition an die Ukraine abgeben, durch größere und gemeinsame Aufträge besser genutzt werden. Dies sichert der Wirtschaft die Planungssicherheit, um ihre Produktionskapazitäten schnell und langfristig auszubauen. Am wichtigsten sind dabei eine ehrliche und pragmatische Diskussion über Bedürfnisse der Ukraine und vorhandene Vorräte der Bundeswehr und Industrie. Entstehende Lücken durch

weggegebene Systeme, wie etwa beim Schützenpanzer Marder oder der Panzerhaubitze 2000, können und sollten in Kauf genommen werden, wenn diese zeitnah durch die Industrie wieder aufgefüllt werden können.

Die Erklärung von Scholz, dass Deutschland bereit sei, die Führung bei der Entwicklung und Lieferung von Artillerie- und Luftverteidigungssystemen für die Ukraine zu übernehmen, ist zu begrüßen, doch die Maxime muss lauten: Ukrainische Anfragen berücksichtigen und gemeinsam mit den Verbündeten pragmatisch evaluieren, was davon erfüllbar ist. Die aktuell zentrale Frage lautet, was für Deutschland auf den Ringtausch folgt und wie die bisherige situativ angelegte militärische Unterstützung in ein langfristiges Engagement überführt werden kann.

Seit Monaten bezeichnen Vertreter\*innen der ukrainischen Regierung deutsche Kampf-, Schützen- und Transportpanzer als ihre höchste Priorität. Nach Angaben der ECFR-Expert\*innen sind Leopard 2 die einzigen Kampfpanzer europäischer Bauart, die in 13 europäischen Ländern eingesetzt werden. Deswegen sind sie praktisch die beste Wahl für die Ukraine. Je länger Deutschland in dieser Frage zögert, desto höher werden die politischen Kosten und möglichen Schäden für die bilateralen Beziehungen. Trotz aller wichtigen Ringtausche und der Modernisierung sowjetischer Panzer wird die Ukraine früher oder später auf die deutlich leistungsstärkeren Waffensysteme, die heute noch hergestellt werden, angewiesen sein. Je schneller mit

der Ausbildung und dem Aufbau der Logistikketten angefangen wird, desto eher können die ukrainischen Streitkräfte moderne Waffensysteme in ihr Arsenal integrieren.

Die EU und Deutschland haben Finanzierungsmechanismen geschaffen, die es der Ukraine erlauben, Waffen direkt bei den Herstellern zu kaufen. Die Mechanismen haben sich in der Praxis bewährt und werden bereits für die Anschaffung von Munition und Waffensystemen verwendet. Die jüngste ukrainische Beschaffung 18 moderner Artilleriesysteme RCN-155 für 216 Mio. Euro direkt vom deutschen Hersteller Krauss-Maffei Wegmann (KMW) ist dafür nur ein Beispiel. Es ist aber wichtig, gerade die deutsche „Ertüchtigungshilfe“ weiterzuentwickeln und aufzustocken, damit die Ukraine den Kauf von Luftabwehrsystemen vom Typ Iris-T SLM und den bereits genehmigten, bisher jedoch nicht finanzierten Kauf von 100 Panzerhaubitzen 2000 finanzieren kann.

Am 30. September, nach der Annexion von vier ukrainischen Regionen durch Russland, erklärte Selenskyj, dass die Ukraine einen Antrag auf den NATO-Beitritt stellen werde. Auch wenn es heute für viele Deutsche unvorstellbar ist, sollte Deutschland darauf nicht geringschätzend reagieren. Zusammen mit seinen NATO-Partnern sollte Deutschland das ukrainische Bestreben zum Anlass nehmen für eine Diskussion über handfeste Sicherheitsgarantien gegenüber der Ukraine für die Nachkriegszeit, die auch eine

mögliche NATO-Mitgliedschaft der Ukraine nicht ausschließt.

## DEN EU-BEITRITT DER UKRAINE AKTIV VORANTREIBEN

Deutschland befürwortet seit dem Scholz-Besuch im Sommer offiziell die Vergabe des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine und die Republik Moldau. Deutschland sollte jetzt den nächsten Schritt machen und sich zum wichtigsten politischen Fürsprecher eines EU-Beitritts der Ukraine positionieren und den Bekundungen auch Taten folgen lassen. Der aufrichtige Wunsch der Ukraine, sich der EU anzuschließen, stellt ein wirksames Instrument dar, um einen positiven und strategischen Einfluss auf die folgenden Entwicklungen und Reformprozesse des Landes zu nehmen. In zahlreichen Interviews mit Ukrainer\*innen haben die Autor\*innen gehört, dass der politische Wille zum EU-Beitritt sehr real ist. Ein Gesprächspartner beschrieb es als „jetzt oder nie-Moment“. Tatsächlich ist die Unterstützung der Bevölkerung für einen EU-Beitritt derzeit so groß wie nie zuvor: Rund 90 Prozent der Ukrainer begrüßen die Idee. Nun muss die ukrainische Regierung zeigen, dass ihre Ambitionen real sind und umfassende institutionelle Veränderungen, Reformen und Gesetzesänderungen einleiten, um die EU-Annäherung und den Beitrittsprozess schnell zu eröffnen und voranzutreiben. Es wird große Anstrengungen erfordern, all dies während des Krieges zu erreichen.





Wenn Deutschland erhebliches politisches Kapital in Form von Beratungen, Finanzmitteln und technischer Expertise in die Ambitionen der Ukraine auf den EU-Beitritt investiert, kann sich die Ukraine an EU-Gesetze und europäische Regelwerke schneller anpassen und die Beitrittskriterien besser erfüllen. Eine proaktive Rolle verleiht Deutschland dabei noch mehr Vertrauen und ermöglicht eine positive Einflussnahme auch bei schwierigeren Themen wie der Deoligarchisierung, der Reform des Justizwesens, bei Fragen der Rechtsstaatlichkeit und der Korruptionsbekämpfung, der Wahrung der *Checks and Balances* und der Entwicklung besserer institutioneller Kapazitäten der lokalen und gesamtstaatlichen Verwaltung.

Als Bewährungsprobe gilt die Evaluierung der Implementierung von EU-Empfehlungen durch die Ukraine nach der Verleihung des Status eines Beitrittskandidaten. Sofern die Kriterien von ukrainischer Seite erfüllt werden, sollte Deutschland die Initiative ergreifen, um andere EU-Staaten für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu gewinnen. Deutschland kann mit seiner politischen Unterstützung auf höchster Ebene viel erreichen. Dazu bedarf es auch neuer Formate. Denkbar ist neben der Wiederaufnahme von Regierungskonsultationen mit Fokus auf den EU-Beitritt und Wiederaufbau, die es seit Kutschma und Schröder nicht mehr gegeben hat, die Schaffung eines Mechanismus nach dem Vorbild des Berliner Prozesses für die Westbalkanstaaten. Ein solches Format kann die technischen

Beitrittsverhandlungen politisch flankieren und weitere Integrationsschritte erarbeiten, die vor dem endgültigen EU-Beitritt der Ukraine umgesetzt werden können.

Die Außenministerien Deutschlands und der Ukraine haben die Etablierung von gemeinsamen Formaten, die den EU-Beitritt der Ukraine begleiten sollen, bereits diskutiert. Der Bundestag und die Werchowyna Rada sollten im Prozess eine wichtige Rolle einnehmen und Formate einer Integrationspartnerschaft entwickeln, die über den Rahmen von parlamentarischen Freundschaftsgruppen hinausgeht und regelmäßige Arbeitsgruppen zur EU-Annäherung institutionell verankert. Ein solcher Ansatz ermöglicht eine langfristige parlamentarische Unterstützung und das Monitoring des EU-Beitritts von deutscher und ukrainischer Seite.

Die kriegsbedingte Aussetzung der Handelsbeschränkungen in Form von Quoten auf gewisse Güter, die mit dem Abkommen über die Vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) festgelegt wurden, läuft noch bis Ende 2022. Einige Branchen der europäischen Wirtschaft üben bereits Kritik, weil sie die ukrainische Konkurrenz in manchen Sektoren fürchten. In den europäisch-ukrainischen Verhandlungen sollte sich Deutschland dafür einsetzen, dass die Ukraine einen möglichst umfassenden Marktzugang zum europäischen Binnenmarkt behält.

Gleichzeitig sollte sich Deutschland für die Erarbeitung von Plänen aussprechen, die der Ukraine



Schritt für Schritt einen vollen Zugang zu den vier Freiheiten und dem europäischen Binnenmarkt ermöglichen. Die Umsetzung jeder der vier Freiheiten erfordert verschiedene rechtliche und technische Schritte, die in Form von Roadmaps konkrete Schritte vorschreiben und Klarheit über die Kriterien und dessen Erreichung schaffen. Ein solcher Ansatz gibt der Ukraine die Möglichkeit, schneller Teil des Binnenmarktes zu werden.<sup>54</sup> Dies kann zur Stärkung der parallel stattfindenden EU-Beitrittsverhandlungen beitragen. Denkbar sind Zwischenlösungen, die Expert\*innen in Anlehnung an Romano Prodis als „alles außer Institutionen“ bezeichnen.<sup>55</sup> Denkbar ist, dass die Ukraine zunächst nur beobachtend an Treffen der EU-Institutionen teilnimmt.

Ukrainische und deutsche Gesprächspartner\*innen dieses Policy Papers unterstreichen, dass Formate wie der damalige Aktionsplan zur Visa-Liberalisierung den politischen Willen fördern und gleichzeitig handfeste Vorteile für die Bürger\*innen der Ukraine erwirken können. Solche praktischen Zwischenschritte sollten die langwierigen und sehr technischen EU-Beitrittsprozesse begleiten.

## EINE FÜHRUNGSROLLE BEIM WIEDERAUFBAU DER UKRAINE EINNEHMEN

Deutschlands Erfahrungen in der technischen Entwicklungszusammenarbeit – auch in der Ukraine –

und seine finanziellen Ressourcen prädestinieren es dazu, beim Wiederaufbau der Ukraine eine Führungsrolle zu übernehmen.

Zunächst muss sich die gesamte Aufmerksamkeit jedoch neben der militärischen Unterstützung darauf konzentrieren, dass die Ukraine diesen Winter übersteht. Putins Pläne, den Widerstandswillen der Ukrainer\*innen durch Terror und Zerstörung der Energieinfrastruktur zu brechen, dürfen keinen Erfolg haben. Sonst drohen mehrere Städte durch die Zerstörung von Strom- und Gasverteilern unbewohnbar zu werden. Millionen Ukrainer\*innen bliebe nur die Flucht in die EU. Höchste Priorität hat daher die Wiederherstellung der beschädigten oder zerstörten kritischen Energieinfrastruktur inklusive Wasser-, Kraft- und Heizkraftwerken und die Bereitstellung von Sachgütern wie Generatoren und Transformatoren.

Seit Sommer und Herbst versuchen ukrainische Unternehmen, entsprechendes Equipment direkt bei deutschen Herstellern einzukaufen. Da deren Auftragsbücher bereits gefüllt sind, sollte der deutsche Staat direkte Gespräche mit den Produzenten aufnehmen, um die Lieferungen in die Ukraine zu priorisieren und mögliche entstehende Kosten aufzufangen. Gleichzeitig bedarf es weiterer schneller Lösungen, um modulare Heizsysteme, Wärmeezelte sowie hochleistungsfähige Generatoren bereitzustellen. Die Bundesregierung und ihre westlichen Partner haben die Dringlichkeit der Situation erkannt und ein „Energie Ramstein-Format“ geschaffen, das die schnelle und ständige Koordination der



ukrainischen Winternothilfe koordinieren soll.

Ende Oktober veranstaltete Deutschland als Vorsitzender der G7 zusammen mit der EU eine technische Fachkonferenz zum Wiederaufbau der Ukraine. Dort wurden historische Erfahrungen und verschiedene Modelle des Wiederaufbaus sowie die immensen ukrainischen Bedarfe diskutiert. Jetzt müssen den Diskussionen in Berlin Entscheidungen auf Geberseite folgen, wie die internationale Sofort- und Wiederaufbauhilfe effektiv organisiert werden kann. Es ist dabei wichtig zu verhindern, dass der deutsche Beitrag zum Wiederaufbau zu schnell zu technisch und zu kleinteilig gerät. Die Regierung sollte zuerst ihre strategischen Prioritäten im Wiederaufbau der Ukraine in enger Abstimmung mit den ukrainischen Akteuren definieren und danach entsprechende Programme technischer Hilfe entwickeln.

Der Wiederaufbau der Ukraine ist eng mit dem Wunsch verbunden, der EU beizutreten. Wenn Deutschland in beiden Bereichen aktiv bleibt, können sich beide Prozesse gegenseitig stärken. Ein praktisches Instrument könnte die Schaffung eines hochrangigen Sonderbeauftragten für die europäische Integration und den Wiederaufbau der Ukraine sein. Ein solches Amt, geführt von einer der Ukraine zugewandten und kompetenten Person und ausgestattet mit entsprechendem Personal und Ressourcen könnte ressortübergreifende Prozesse koordinieren, die einerseits mit der Unterstützung der Ukraine bei ihrem zügigen EU-Beitritt und

andererseits mit der Abstimmung der Aktivitäten der deutschen Akteure im Wiederaufbauprozess verbunden sind.

Der Krieg hat die große Bedeutung lokaler Akteure und ihren Beitrag zur eindrucksvollen Standfestigkeit und Resilienz der Ukraine unter Beweis gestellt. Selbstverständlich sollten alle geplanten Wiederaufbauaktivitäten Deutschlands die Schlüsselrolle lokaler Verwaltungen und Akteure weiter stärken. Der deutsche Ansatz sollte dabei einen starken Fokus auf die Rolle der Kommunen, Bürgermeisterämter, Stadträte, der lokalen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Bürger\*innen legen. In den bestehenden ukrainischen Plänen zum Wiederaufbau mangelt es an struktureller Einbeziehung nicht nur von lokalen Akteuren, sondern auch von der starken ukrainischen Zivilgesellschaft. Deutschland sollte sich für die Schaffung eines wirkmächtigen konsultativen Gremiums einsetzen, das die Zivilgesellschaft in einen strukturellen Dialog mit der Regierung integriert und in Planungen einbezieht. Deutschland war und ist ein großer Unterstützer der Dezentralisierungsreform und sollte sich neben der inklusiven Teilhabe unterschiedlicher lokaler Akteure am Wiederaufbau auch stark für die Fort- bzw. Umsetzung der weiteren Dezentralisierungsschritte einsetzen. Dafür sind Änderungen der ukrainischen Verfassung notwendig.

Laut des im September von der Weltbank, der EU-Kommission und der ukrainischen Regierung veröffentlichten „Rapid Damage and Needs Assessment“ hat besonders die soziale Infrastruktur

unter dem russischen Angriffskrieg gelitten.<sup>56</sup> Der kurzfristige Wiederaufbau von Wohnhäusern bietet sich als einer der Schwerpunkte der deutschen Hilfe an. Diese Hilfe kann sowohl in Form von Finanzmitteln als auch von Gerätschaften und Baumaterialien erfolgen. Darüber hinaus hat Deutschland über seine Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) bereits Erfahrung mit der Bereitstellung von Modulsiedlungen für Binnenvertriebene in der Ukraine. Solche Projekte müssen erheblich skaliert und deutlich beschleunigt werden. Polnische Projekte zeigen bereits, wie schnell auch Container-Lösungen hunderte Menschen durch den Winter bringen können.

Nach Ansicht ukrainischer Antikorruptionsexpert\*innen sollten die Mittel für den Wiederaufbau nicht in den ukrainischen Haushalt fließen, um Korruptionsrisiken zu verringern und die Integrität des Wiederaufbaus zu gewährleisten. Die ukrainische Regierung und Vertreter\*innen des ukrainischen Volkes sollten beim Wiederaufbau Prioritäten setzen. Um lukrative Korruptionsrisiken zu vermeiden, sollten Auftragnehmer für Projekte des Wiederaufbaus nicht alleine von staatlichen Stellen ausgewählt werden. Der Vergabeprozess muss depolitisiert und transparent sein und Vertreter\*innen der Geber und unabhängige Expert\*innen an wichtigen Prozessen einbeziehen. Dieser Ansatz der Beteiligung westlicher Expert\*innen hat sich bei den Reformanstrengungen zur Korruptionsbekämpfung und zur Sicherstellung der Rechtsstaatlichkeit wie bei der Auswahl des Hohen Antikorruptionsgerichts bewährt und sollte bei künftigen

Wiederaufbauaktivitäten als Grundlage dienen. Ein denkbares Instrument ist die Gründung einer speziellen Beschaffungsagentur, die über die Vergabe von Infrastrukturprojekten entscheidet. Außerdem sollte die Teilnahme lokaler Unternehmen sichergestellt werden, damit Aufträge im Rahmen des Wiederaufbaus nicht ausschließlich an internationale Anbieter vergeben werden. Bestehende ukrainische staatliche Finanzinstitute sollten gestärkt werden, um flächendeckend in Kooperation mit internationalen Finanzinstitutionen als Banken für den Wiederaufbau fungieren zu können.

Eine der Komponenten der deutschen Planung soll auch die Frage berücksichtigen, wie deutsche Fonds lokale Durchführungsorganisationen wie die lokale und regionale Zivilgesellschaft, aber auch lokale Hilfsorganisationen unterstützen können. Die humanitäre Hilfe Deutschlands sollte sich nicht nur auf finanzielle Beiträge an große internationale humanitäre Organisationen beschränken, sondern auch Instrumente für die Unterstützung lokaler ukrainischer Initiativen entwickeln, die seit Februar 2022 effektiv tätig sind. Ein solches Beispiel ist die Organisation „Dobrobat“, die Tausende Ukrainer\*innen koordiniert und sich um die Wiederherstellung des von russischer Seite zerstörten Wohnraums kümmert. Auf kommunaler Ebene könnte ein solches Instrument in der Bereitstellung von Werkzeugen, Spezialausrüstung und Materialien zur gemeinsamen Nutzung durch Freiwillige und Einwohner\*innen bestehen.



Einige Interviewte wiesen auf das große Potential der bilateralen Energiepartnerschaft hin. Deutschland kann eine Führungsrolle bei der *Green Recovery* übernehmen, insbesondere in den Bereichen, in denen beide Länder bereits erste Projekte initiiert haben. Deutschland kann bei der Wiederherstellung der Energieinfrastruktur eine Schlüsselrolle einnehmen und die Integration des ukrainischen in den europäischen Strommarkt und den Ausbau erneuerbarer Energien voranbringen und mittel- bis langfristig durch Expertise und Investitionen bei Produktion und Export von grünem Wasserstoff unterstützen.

Schließlich wäre es zielführend, parallel zu den laufenden Planungen eine systematische Evaluierung der deutschen technischen Entwicklungszusammenarbeit für die Ukraine in den Jahren 2014 bis 2022 vorzunehmen, bevor ein umfassender Wiederaufbauplan gebilligt wird. Dies ermöglicht eine kritische Reflektion über die (Miss)erfolge verschiedener Vorhaben, die Organisationen wie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) implementiert haben. Durch die Einbeziehung politischer Partner, Projektpartner und der lokalen Bevölkerung kann eruiert werden, was als Erfolg und Misserfolge wahrgenommen wird. Dass Deutschland trotz seiner erheblichen technischen Entwicklungshilfe nicht als führender Akteur wahrgenommen wird, wirft die Frage auf, ob die strategische Kommunikation der

deutschen Bemühungen angemessen und systematisch genug ist.

## DIE UKRAINE AUF DER MENTALEN LANDKARTE DEUTSCHLANDS VERANKERN

Erst des Krieges wegen haben Menschen in verschiedenen Weltteilen die Ukraine entdeckt. Aber was genau haben sie über die Ukraine erfahren und welche Assoziationen haben sie mit diesem Land?

Die Ukraine bedeutet nicht nur Krieg, Leid, Revolution und die Tschernobyl-Katastrophe. Leider vermitteln die tragischen Seiten der ukrainischen Geschichte ohne den richtigen Kontext oft ein falsches Bild von diesem Land, das zu Recht zur großen europäischen Familie gehört und derzeit die Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde verteidigt.

Deswegen ist es heute äußerst wichtig, die Ukraine auf der mentalen Landkarte verschiedener Staaten zu verankern, und zwar als Land mit einer jahrhundertalten Geschichte eines eigenständigen Volkes, das heute seine Freiheit und Unabhängigkeit verteidigt. Dies ist besonders in Deutschland wichtig, wo die Ukraine über viele Jahre durch das Prisma Russlands wahrgenommen wurde und russische Narrative, Propaganda und Desinformation über die Ukraine die Medien und den öffentlichen Diskurs durchdrungen haben.

Ohne die Entkoppelung der Ukraine von Russland (und der Sowjetunion) im Bewusstsein der Deutschen ist ein wesentlicher Fortschritt in den deutsch-ukrainischen Beziehungen nicht möglich. Eine ukrainische Interviewpartnerin betonte: „Seit langem versuchen wir die Deutschen und ihre Regierung zu überzeugen, die Ukraine primär durch das Prisma der ukrainisch-deutschen Beziehungen und nicht der russisch-deutschen Beziehungen zu betrachten. Das war die schwierigste Aufgabe. Wir wollen für unsere eigenen Verdienste gesehen werden, nicht als ein Teil der deutschen Russlandpolitik. Wir stehen jetzt an dem Punkt, wo sich einige Blickpunkte verändern. Unsere Beziehungen erreichen dann ihr volles Potential, wenn Deutschland uns als einen von Russland getrennten Partner betrachtet.“

Um das zu erreichen, ist es wichtig, auch Mythen und problematische Narrative – wie die angeblich zwischen West und Ost geteilte Ukraine – endgültig hinter sich zu lassen. Ukrainer\*innen können dazu beitragen, indem sie darüber aufklären, was aus welchen Gründen im Land passiert.

Eine bewährte Methode dafür ist die Stärkung der kulturellen Beziehungen zwischen ukrainischen und deutschen Akteuren der Zivilgesellschaft, Kunst und Kultur. Die intensive Nutzung von Instrumenten der Kulturdiplomatie wie offenen Vorlesungen, thematischen Diskussionen und journalistischer Arbeit vor Ort müssen gerade jetzt von deutscher Seite aus besonders gefördert werden.

Aktuell werden fast alle ukrainischen Finanzen für das Militär oder Sozialeleistungen verwendet. Kulturinstitutionen wie die *Ukrainian Cultural Foundation*, das *Ukrainian Institute*, das *Institute of Ukrainian Books* können ihre wichtige Arbeit zur Förderung der ukrainischen Kultur im In- und Ausland nur schwer aufrechterhalten. Große Geber wie Deutschland sollten die Kulturdiplomatie der Ukraine unterstützen und neue Akzente in der Kommunikation über die Ukraine setzen: Im Krieg geht es nicht nur um russische Kriegsverbrechen, sondern auch um inspirierende Geschichten des Widerstands – von der Freiwilligenbewegung bis zur Kulturfront. Ukrainische Akademiker\*innen, Philosoph\*innen, Dichter\*innen, Künstler\*innen und Designer\*innen haben der Welt Wertvolles mitzuteilen.

Auch das Potential der ukrainischen Diaspora in Deutschland, zu der fast eine Million Flüchtlinge gehören, wird nicht ausgeschöpft. Die Aufgabe der Ukrainer\*innen im Ausland besteht nicht nur darin, auf den Krieg aufmerksam zu machen und für Hilfe zu werben, sondern auch darin, die ukrainische Kultur, die Traditionen, die Modernität und die Geschichte zu kommunizieren. Deutschland stellt bereits erhebliche Hilfen und Gelder für ihre Integration in die deutsche Gesellschaft bereit. Mit der Mobilisierung in Russland gewinnt die Entwicklung eines umfassenden Ansatzes für die Sicherheit der aufgenommenen ukrainischen Bürger\*innen an Bedeutung. Geflüchtete russische



Wehrdienstleistende gilt es unter allen Umständen von geflüchteten Ukrainerinnen zu trennen und systematisch dem immensen Konfliktpotential, was die Aufnahme der russischen Männer bedeutet, vorzubeugen.

Zudem sagte eine deutsche Gesprächsteilnehmerin, dass die klassischen Integrationsansätze Deutschlands für die Ukrainer\*innen geprüft und an neue Bedingungen angepasst werden sollten: Viele ukrainische Geflüchtete möchten zeitnah in ihre Heimat zurückkehren, sobald es die Sicherheitslage zulässt. Viele Schüler besuchen derzeit zwei Schulen an einem Tag, weil sie nach wie vor am virtuellen Unterricht ihrer ukrainischen Schulen teilnehmen. Deutschland sollte daran gelegen sein, die Ukrainer\*innen bestmöglich zu integrieren, ihnen jedoch genug Raum zu geben, damit Verbindungen mit der Ukraine aufrechterhalten werden können.

Es ist sehr wichtig, einen Blick auf die Zukunft der ukrainisch-deutschen Beziehungen zu werfen und in Brücken zwischen jüngeren Generationen der beiden Länder zu investieren. Gemeinsame Leadership-Programme, Trainings, Freiwilligencamps, Hospitationen bei politischen Parteien und staatlichen Behörden – das Arsenal der Instrumente ist groß und kann langfristig große Wirkung entfalten. So kann sichergestellt werden, dass die Generation, die in 20 Jahren die Politik in der Ukraine und in Deutschland gestalten wird, frei von Illusionen und Mythen ist, einander versteht und auf Grundlage gemeinsamer Werte zusammenarbeitet.

## BIBLIOGRAPHIE

<sup>1</sup> Bundesregierung (Februar 2022): Deutschland unterstützt die Ukraine in großem Umfang, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/unterstuetzung-ukraine-2003926>.

<sup>2</sup> International Crisis Group (Januar 2022): Conflict in Ukraine's Donbas: A Visual Explainer, <https://www.crisisgroup.org/content/conflict-ukraines-donbas-visual-explainer>.

<sup>3</sup> Alyona Getmanchuk, Sergiy Solodkyy, Susan Stewart, Ljudmyla Melnyk (Juni 2020): Priorities and Expectations from Germany and Ukraine, New Europe Center & Institut für Europäische Politik, [http://neweurope.org.ua/wp-content/uploads/2020/06/German-Ukrainian\\_eng\\_FINAL\\_15\\_06.pdf](http://neweurope.org.ua/wp-content/uploads/2020/06/German-Ukrainian_eng_FINAL_15_06.pdf).

<sup>4</sup> International Crisis Group (Januar 2022): Conflict in Ukraine's Donbas: A Visual Explainer, <https://www.crisisgroup.org/content/conflict-ukraines-donbas-visual-explainer>.

<sup>5</sup> Simon Shuster (Februar 2022): The Untold Story of the Ukraine Crisis, <https://time.com/6144109/russia-ukraine-vladimir-putin-viktor-medvedchuk/>.

<sup>6</sup> Roman Kravets und Roman Romaniuk (September 2022): The three longest days of February. The beginning of the great war which no one thought would come, Ukrajinska Pravda, <https://www.pravda.com.ua/eng/articles/2022/09/5/7366059/>

Shane Harris, Karen DeYoung, Isabelle Khurshudyan, Ashley Parker und Liz Sly (August 2022): As Russia prepared to invade Ukraine, U.S. struggled to convince Zelensky, allies of threat, Washington Post, <https://www.washingtonpost.com/national-security/interactive/2022/ukraine-road-to-war/>.

<sup>7</sup> Official website of President of Russia (Februar 2022): Address by the President of the Russian Federation, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67828>.

<sup>8</sup> Deutscher Bundestag (März 2022): Ansprache des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, im Deutschen Bundestag, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw11-de-selenskyj-rede-deutsch-884872>.

<sup>9</sup> Forschungsgruppe Wahlen Politbarometer (März 2022): Politbarometer März 2022, [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer\\_2022/Maerz\\_2022/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2022/Maerz_2022/).

<sup>10</sup> Melanie Amann und Veit Medick (Juli 2022): Telefonat von Frank-Walter Steinmeier und Wolodymyr Selenskyj: Wie unwirsch der Bundespräsident reagierte, Der Spiegel, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/telefonat-von-steinmeier-und-selenskyj-a-00de121e-f18b-4cae-a4ea-6f690402e10f>.

<sup>11</sup> Sieh z.B. Melanie Amann und Martin Knobbe (April 2022): Olaf Scholz über Ukraine-Krieg im SPIEGEL-Interview: »Es darf keinen Atomkrieg geben«, Der Spiegel, <https://www.spiegel.de/politik/olaf-scholz-und-der-ukraine-krieg-interview-es-darf-keinen-atomkrieg-geben-a-ae2acfbf-8125-4bf5-a273-fbcd0bd8791c>.

<sup>12</sup> Bundestag (April 2022): Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine,

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/015/2001550.pdf>.

<sup>13</sup> Forschungsgruppe Wahlen (April 2022): Politbarometer April II 2022,

[https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer\\_2022/April\\_II\\_2022/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2022/April_II_2022/).

<sup>14</sup> Cathrin Gilbert (Juni 2022): Wolodymyr Selenskyj. „Am 24. Februar begann der totale Krieg“, ZEIT,

<https://www.zeit.de/2022/25/wolodymyr-selenskyj-ukraine-krieg-europa/komplettansicht>.

<sup>15</sup> BMVg (Juni 2022): Ukraine-Kontaktgruppe: Gemeinsames Statement,

<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/ukraine-kontaktgruppe-gemeinsames-statement-5449178>.

<sup>16</sup> Bundesregierung (Oktober 2022): Militärische Unterstützungsleistungen für die Ukraine,

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>.

<sup>17</sup> Democratic Initiatives Foundation (Mai 2022): How the War Changed the Way Ukrainians Think About Friends, Enemies, and the Country's Strategic Goals,

<https://dif.org.ua/article/yak-viy-na-vplivae-na-dumku-ukraintsiiv-pro-druziv-vorogiv-ta-strategichni-tsili-derzhavi>.

<sup>18</sup> Deutscher Bundestag (Juni 2022): Kanzler Scholz zur Ukraine: Wir helfen in umfangreicher Art und Weise,

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw22-de-generalaussprache-896288>.

<sup>19</sup> Bundesregierung (September 2022): Militärische Unterstützungsleistungen für die Ukraine,

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>.

<sup>20</sup> Rating Sociological Group (April 2022): The Ninth National Poll: Assessment of International Partnership,

[https://ratinggroup.ua/research/ukraine/devyatyy\\_obschenacionalnyy\\_opros\\_ocenki\\_mezhdunarodnogo\\_partnerstva\\_26\\_aprelya\\_2022.html](https://ratinggroup.ua/research/ukraine/devyatyy_obschenacionalnyy_opros_ocenki_mezhdunarodnogo_partnerstva_26_aprelya_2022.html).

<sup>21</sup> Rating Sociological Group (Juni 2022): Thirteenth National Survey: Foreign policy orientations,

[https://ratinggroup.ua/research/ukraine/trinadcatyy\\_obschenacionalnyy\\_opros\\_vneshnepoliticheskie\\_orientacii\\_18-19\\_iyunya\\_2022.html](https://ratinggroup.ua/research/ukraine/trinadcatyy_obschenacionalnyy_opros_vneshnepoliticheskie_orientacii_18-19_iyunya_2022.html).

<sup>22</sup> Kiel Institute for the World Economy (August 2022): The Ukraine Support Tracker, Working Papers 2218,

<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-arbeitspapiere/2022/which-countries-help-ukraine-and-how-introducing-the-ukraine-support-tracker-17204/>.

<sup>23</sup> Stijn Mitzer und Joost Oliemans (September 2022): Flawed But Commendable: Germany's Ringtausch Programme, Oryx,

<https://www.oryxspioenkop.com/2022/09/flawed-but-commendable-germanys.html>.



<sup>24</sup> Spiegel (Mai 2022): Olaf Scholz and Ukraine: Why Has Germany Been So Slow to Deliver Weapons?

<https://www.spiegel.de/international/germany/olaf-scholz-and-ukraine-why-has-germany-been-so-slow-to-deliver-weapons-a-7cc8397b-2448-49e6-afa5-00311c8fedce>.

<sup>25</sup> Peter Dausend (September 2022): Waffenlieferungen an die Ukraine: Liefert die Regierung jetzt Kampfpanzer?

ZEIT, <https://www.zeit.de/2022/38/ukraine-waffenlieferungen-panzer-debatte-bundesregierung>.

<sup>26</sup> Forschungsgruppe Wahlen (Juni 2022): Politbarometer Juni 2022,

[https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer\\_2022/Juni\\_2022/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2022/Juni_2022/).

<sup>27</sup> Rating Sociological Group (März 2022): Сьоме національне опитування: Україна під час війни,

[https://ratinggroup.ua/research/ukraine/sedmoy\\_obschenacionalnyy\\_opros\\_ukraina\\_v\\_usloviyah\\_voyny\\_30-31\\_marta\\_2022.html](https://ratinggroup.ua/research/ukraine/sedmoy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_30-31_marta_2022.html).

<sup>28</sup> Democratic Initiatives Foundation (August 2022): Independence Day of Ukraine: What Unites Ukrainians and How We See Victory in the Sixth Month of War,

<https://dif.org.ua/en/article/independence-day-of-ukraine-what-unites-ukrainians-and-how-we-see-victory-in-the-sixth-month-of-war>.

<sup>29</sup> ZDF heute Journal (Juni 2022): Präsident Selenskyj im ZDF,

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-praesident-selenskyj-interview-zdf-heute-journal-100.html>.

<sup>30</sup> Deutscher Bundestag (Juni 2022): Bundeskanzler Olaf Scholz will „Marshall-Plan“ für Wiederaufbau der Ukraine,

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw25-de-regierungserklaerung-897774>.

<sup>31</sup> G7 Germany (Juni 2022): Erklärung der G7 zur Unterstützung der Ukraine,

<https://www.g7germany.de/resource/blob/974430/2057448/47711fa2c00090f5de017e21df2d9e5/2022-06-27-g7-erklaerung-ukraine-deutsch-data.pdf?download=1>.

<sup>32</sup> Ukrainian Recovery Conference (Juli 2022): Ukraine's Recovery Plan,

<https://www.urc2022.com/urc2022-recovery-plan>.

<sup>33</sup> BBC (Oktober 2022): Ukraine in maps: Tracking the war with Russia,

<https://www.bbc.com/news/world-europe-60506682>.

<sup>34</sup> The Economist (September 2022): Ukraine seizes the initiative in the east,

<https://www.economist.com/europe/2022/09/09/ukraine-seizes-the-initiative-in-the-east>.

<sup>35</sup> Stephan Detjen (September 2022): Bundeskanzler - Scholz: Deutsche Waffen haben Erfolge der Ukraine ermöglicht, Deutschlandfunk,

<https://www.deutschlandfunk.de/bundeskanzler-olaf-initiative-in-the-east>, <https://www.economist.com/europe/2022/09/09/ukraine-seizes-the-initiative-in-the-east>[scholz-spd-102.html](https://www.economist.com/europe/2022/09/09/ukraine-seizes-the-initiative-in-the-east).

<sup>36</sup> Bundesregierung (August 2022): Rede von Bundeskanzler Scholz an der Karls-Universität am 29. August 2022 in Prag,

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-von-bundeskanzler-scholz-an-der-karls-universitaet-am-29-august-2022-in-prag-2079534>.

<sup>37</sup> NTV (August 2022): IRIS-T, Panzer, Raketenwerfer: Scholz verspricht Kiew großes Waffenpaket,

<https://www.n-tv.de/politik/Scholz-verspricht-Kiew-grosses-Waffenpaket-article23542987.html>.

<sup>38</sup> Gustav Gressel, Rafael Loss, Jana Puglierin (September 2022): The Leopard plan: How European tanks can help Ukraine take back its territory, ECFR,

<https://ecfr.eu/article/the-leopard-plan-how-european-tanks-can-help-ukraine-take-back-its-territory/>.

<sup>39</sup> Dmytro Kuleba (September 2022), Twitter,

<https://twitter.com/DmytroKuleba/status/1569637880204775426>.

<sup>40</sup> Johannes Leithäuser (September 2022): Annalena Baerbock im Interview zu Kampfpanzern für die Ukraine, FAZ,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/annalena-baerbock-im-interview-zu-kampfpanzern-fuer-die-ukraine-18316223.html>.

<sup>41</sup> Paul Ronzheimer (September 2022): Von der Leyen im BILD-Interview: EU-Chefin fordert Kampfpanzer für die Ukraine,

[https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/ursula-von-der-leyen-im-bild-interview-eu-chefin-fordert-kampfpanzer-fuer-die-uk-81336896.bild.html?t\\_ref=https%3A%2F%2Ft.co%2F](https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/ursula-von-der-leyen-im-bild-interview-eu-chefin-fordert-kampfpanzer-fuer-die-uk-81336896.bild.html?t_ref=https%3A%2F%2Ft.co%2F)

<sup>42</sup> Hans von der Burchard (September 2022): Germany to send 50 armored vehicles to Ukraine after pressure to step up support, Politico,

<https://www.politico.eu/article/under-pressure-germany-agrees-to-send-50-armored-vehicles-to-ukraine/>.

<sup>43</sup> Gerhard Gnauck (September 2022): Dmytro Kuleba: Wir brauchen Panzer dringender als Dingos, FAZ,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/dmytro-kuleba-wir-brauchen-panzer-dringender-als-dingos-18322125.html>.

<sup>44</sup> BILD (September 2022): So waren meine Telefonate mit Olaf Scholz. Interview mit Wolodymyr Selenskyj,

<https://www.bild.de/video/clip/video/exklusiv-interview-das-sagt-selenskyj-zur-putin-drohung-81393946.bild.html>.

<sup>45</sup> David E. Singer, Anton Troianovski, Julien E. Barnes, Eric Schmitt (September 2022): Ukraine Wants More Powerful Weapons. Biden Is Not So Sure, The New York Times,

<https://www.nytimes.com/2022/09/17/us/politics/ukraine-biden-weapons.html>.

<sup>46</sup> Nico Lange (August 2022): Frieden schaffen mit deutschen Waffen, Internationale Politik,

<https://internationalepolitik.de/de/frieden-schaffen-mit-deutschen-waffen>.

<sup>47</sup> Neue Osnabrücker Zeitung (September 2022): „Wer zusätzlich Hilfe braucht, wird sie bekommen“, NOZ,

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/interview-scholz-noz-2130514>.

<sup>48</sup> Henrike Roßbach (August 2022): EU ringt um Finanzhilfen für die Ukraine, SZ,

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/eu-ukraine-finanzhilfen-1.5634060>.

<sup>49</sup> ZDF-Politbarometer (September 2022): Hohe Preise: Für die Mehrheit großes Problem, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-inflation-wiedervereinigung-100.html?slide=1664472477503>.

<sup>50</sup> Joseph R. Biden jr. (Mai 2022): What America Will and Will Not Do in Ukraine, The New York Times, <https://www.nytimes.com/2022/05/31/opinion/biden-ukraine-strategy.html>.

<sup>51</sup> Björn Finke (September 2022): Dürfen Europäer bald nicht mehr in Russland abkassieren? SZ, <https://www.sueddeutsche.de/politik/sanktionen-schroeder-eu-russland-1.5663244?reduced=true>.

<sup>52</sup> Tagesschau (Oktober 2022): "Ich möchte jeden Deutschen erreichen", <https://www.tagesschau.de/inland/tt-interview-101.html>.

<sup>53</sup> Valeriy Zaluzhnyi und Mykhailo Zabrotskyi (September 2022): Prospects for running a military campaign in 2023, Ukrinform, <https://www.ukrinform.net/rubric-ato/3566404-prospects-for-running-a-military-campaign-in-2023-ukraines-perspective.html>.

<sup>54</sup> European Stability Initiative (Juli 2022): Offer the four freedoms to the Balkans, Ukraine, and Moldova, <https://esiweb.org/proposals/offer-four-freedoms-balkans-ukraine-and-moldova?cat=40>.

<sup>55</sup> Piotr Buras (Juni 2022): Partnership for Enlargement: A new way to integrate Ukraine and the EU's eastern neighbourhood, European Council on Foreign Relations, <https://ecfr.eu/publication/partnership-for-enlargement-a-new-way-to-integrate-ukraine-and-the-eus-eastern-neighbourhood/>.

<sup>56</sup> Weltbank, Ukrainische Regierung, Europäische Kommission (September 2022): Ukraine. Rapid Damage and Needs Assessment, <https://documents1.worldbank.org/curated/en/099445209072239810/pdf/P17884304837910630b9c6040ac12428d5c.pdf>.

# KONTAKT

[www.kyiv-dialogue.org](http://www.kyiv-dialogue.org)

**Facebook:** @kyjiwer.gespraechе (DE)  
@kyiv.dialogue (UA)  
**Instagram:** @kyivdialogue (UA)  
**Twitter:** @KyivDialogue (DE)

## **Europäischer Austausch gGmbH**

Erkelenzdamm 59  
10999 Berlin  
Tel.: +49 30 6516 71 464 0

## **International Renaissance Foundation**

Sichovykh Striltsiv, 46  
04053 Kyjiw

Tetiana Lopashchuk  
lopashchuk@irf.ua